neue kritik

D 7739 F

27

Helmut Dahmer Der Sturz Chruschtschows | Gianni Barba Die letzten Entwicklungen in der KPI | Joaquim da Silveira Die politischen Kräfte Brasiliens | Peter Brokmeier Studien zur Soziologie der DDR | Michael Vester Das Dilemma von C. Wright Mills | Alfred Schmidt Comte und Hegel, ihr Verhältnis heute

Inhaltsverzeichnis

Helmut Dahmer	3	Der Sturz Chruschtschows
Gianni Barba	6	Die letzten Entwicklungen in der KPI
Stephen Castles — Michael Vester	8	Zur Politik der Labour-Regierung
Jim Mortimer	10	Gewerkschaften, Wirtschaftsplanung und Einkommenspolitik in Großbritannien
Joaquim da Silveira	12	Die politischen Kräfte Brasiliens
Peter Brokmeier	16	Studien zur Soziologie der DDR
Michael Vester	20	Das Dilemma von C. Wright Mills
Alfred Schmidt	23	Comte und Hegel, ihr Verhältnis heute
Fritz Griese	25	Beiträge zur politischen Ökonomie
Hannes Friedrich	26	Die betriebliche Situation der Arbeiter
Karin Monte	29	Bemerkungen zum Schülerhonorar

neue kritik, zeitschrift sozialistischer studenten
nr. 27, dezember 1964, 5. jahrgang
herausgegeben vom bundesvorstand des sozialistischen deutschen studentenbundes (sds)

neue kritik ist ein diskussionsforum, in dem divergierende sozialistische meinungen zu wort kommen. namentlich gezeichnete beiträge stellen nicht unbedingt die meinung der redaktion dar.
für unverlangt eingesandte manuskripte übernimmt die redaktion keine haftung.
nachdruck, auch auszugsweise, nur mit genehmigung der redaktion.
neue kritik ist kein geschäftsunternehmen; die mitarbeit ist unentgeltlich.

redaktion: wilhelm bauer, walmot falkenberg, rita harmuth, edith jilek, helge knüppel, thomas leithäuser, thomas mitscherlich, hans peter riesche, heiner schäfer, helmut schauer, gunter wegeleben (verantwortlich)
unter mitarbeit des arbeitskreises neue kritik
redaktionsvertretung: peter brokmeier, west-berlin
manfred liebel, hamburg
erscheinungsort: frankfurt am main
verlag und redaktion: 6 frankfurt w 13, kurfürstenstr. 8, tel. 77 64 22
neue kritik erscheint jeden zweiten monat, im februar,. april, juni, august, oktober und dezember, einschließlich einer doppelnummer.
schutzgebühr für das einzelheft: dm 1,50 / ös 10,— / sfr 1,60 / hfl 1,50 plus porto; für studenten dm 1,— / ös 7,— / sfr 1,10 / hfl 1,—.
jahresabonnement dm 10,— / ös 65,— / sfr 10,50 / hfl 10,— einschl. porto; für studenten dm 7,— / ös 45,— / sfr 7,50 / hfl 7,—.
bezug über den verlag.
postscheckkonto: sds-bundesvorstand, sonderkonto neue kritik 551 91 pscha. frankfurt am main.
konto-nr. 282 427, dresdner bank
druck: druck- und verlagshaus frankfurt am main gmbh
umschlagentwurf: maria fraxedas

An den Leser

Die neue kritik 27 setzt den Versuch fort, die Betrachtung aktueller politischer Ereignisse mit sozialistischer Theorie zu vermitteln. Der Machtwechsel in der SU wie die Politik der Labour-Regierung sind Vorgänge, deren Beurteilung auch im SDS kontrovers ist. Die Redaktion erinnert an das im Impressum niedergelegte Programm der nk, „Diskussionsforum (zu sein), in dem divergierende sozialistische Meinungen zu Wort kommen". Diese Beiträge sollen zu weiterer Diskussion — auch im Rahmen der nk — anregen.

Jim Mortimers Bericht über den Trade Unions Congress 1964 informiert über eine nicht nur für die englischen Gewerkschaften bedeutsame Frage: Unter welchen Bedingungen sie bereit sind, an einer Wirtschaftsplanung teilzunehmen, die eine langfristige Planung der Löhne einschließt.

In seinem Beitrag „Die politischen Kräfte Brasiliens" charakterisiert Joaquim da Silveira die von der Außenpolitik der USA gestützte parasitäre Oligarchie Brasiliens, die der Aufwärtsentwicklung des Landes im Wege steht.

Als Versuche rationaler Analyse der DDR versteht Peter Brokmeier die von Peter Ch. Ludz herausgegebenen „Studien und Materialien zur Soziologie der DDR", die den geschichtlichen Horizont der gesellschaftlichen Strukturveränderungen jedoch nicht zureichend berücksichtigen.

Michael Vester versucht am Beispiel des Dilemmas von C. Wright Mills aufzuzeigen, daß gesellschaftliche Widersprüche nicht mit den Methoden der bürgerlichen Wissenschaft zu erkennen sind und daß rein moralische Sozialkritik zur Verzweiflung führen muß.

Die Diskussion über eine neue sozialistische Politik in West-Europa wird im Februarheft mit Beiträgen u. a. von Peter von Oertzen und Ernest Mandel weitergeführt.

Der Sturz Chruschtschows

Helmut Dahmer

„. . . er ist der letzte Muschik, der die Schwelle des Atomzeitalters erreicht hat, der letzte Muschik, der im Namen Rußlands sprechen und es auf der Weltbühne vertreten kann."
(Isaac Deutscher, 1960)

In den zehn Jahren nach Stalins Tod wurde Chruschtschow zum Symbol der „Ent-Stalinisierung" und der Politik der „friedlichen Koexistenz"; d. h.: der Selbstverteidigung der Sowjetbürokratie durch Abbau des Terrors und Hebung des Lebensniveaus der Massen, und der konsequenten Fortsetzung der von Stalin eingeleiteten internationalen Politik der Aufrechterhaltung des status quo — der Ersetzung der weltrevolutionären Aktion durch „Einholen und Überholen" der Pro-Kopf-Produktion der USA in 20, 30 oder mehr Jahren.
Der Repräsentant dieser Politik verschwand nach über sieben Jahren anscheinend unbeschränkter Machtausübung von einem Tag auf den andern unter ungeklärten Umständen in der Versenkung. Die ersten offiziellen Erklärungen sprachen von Unfähigkeit, Alter und Sklerose — dann beeilten sich die Nachfolger, ihre Treue zur Verständigungspolitik und zur Linie des 20. und 22. Parteitags zu bekräftigen. Das bedeutete: die Politik der Sowjetführung würde sich in keinem prinzipiellen Punkte ändern — man hatte lediglich eine Person zum Sündenbock für die seitherigen Fehlschläge eben dieser Politik gemacht. Erst Tage später kreidete man dem Gestürzten „Subjektivismus", „Autoritarismus" und „Phantasterei" an, worunter man alles und nichts verstehen kann.

Chruschtschow wurde gestürzt als Sündenbock für die Fehlschläge der russischen Landwirtschaftspolitik. Die 1962 nötig gewordene Erhöhung der Preise für Fleisch und Milch; die Menschenschlangen vor den Brotbäckereien standen in peinlichem Kontrast zu der Versicherung: „Die heutige Generation wird im Kommunismus leben". Beseitigung des Terrors und Erhöhung des Lebensstandards waren nach 1953 der Kaufpreis für die Fortdauer der Einparteiherrschaft, der bürokratischen Bevormundung der Sowjetgesellschaft. Jeder Schritt rückwärts in diesen Fragen bedroht unmittelbar die Machtposition der herrschenden Schicht. Die Chruschtschow-Nachfolger begannen denn auch mit Preissenkungen und einem Widerruf der Gesetze, die vor zwei Jahren den bäuerlichen Privatbesitz eingeschränkt hatten.

Chruschtschow wurde gestürzt als Exponent der harten Linie in der ideologisch-politischen Auseinandersetzung mit den chinesischen Kommunisten, als Zielscheibe der Angriffe gegen Revisionismus und Verrat der Sowjetführung. Seit 1956 ist die Einheit des Weltkommunismus unter sowjetischer Führung immer mehr zur Legende geworden. Jugoslawien, China, Kuba gingen eigene Wege, das Prestige der KPdSU wurde durch Chruschtschows Enthüllungen über „die Zeit des Personenkults" schwer geschädigt, der ideologische Konflikt zwischen Moskau und Peking zersprengte den monolithischen Block nicht nur in nationale Bruchlinien, sondern führte zu „chinesischen", also links-kommunistischen Abspaltungen und Fraktionen in den meisten Ländern der Welt, so daß sich heute zwei ungefähr gleich starke Strömungen im Lager der 42 Millionen organisierten Kommunisten gegenüberstehen. Nachdem die chinesischen Kommunisten ihre Kritik an der KPdSU immer radikaler formulierten und mehrfach die Absetzung Chruschtschows gefordert hatten, lenkten Präsidium und ZK in dem Augenblick ein, als feststand, daß sich auf der geplanten internationalen kommunistischen Konferenz keine eindeutige Mehrheit für die Chruschtschow-Linie ergeben würde. Sie hofften, durch Absetzung des „Erzrevisionisten" und „größten Spalters der Geschichte" den Weg zu ebnen zu einer Wiederaufnahme der internen Diskussion der beiden Führungen, zur neuerlichen Verschleierung der Differenzen, zur Formulierung von Kompromiß-Deklarationen im Stil derer von 1957 und 1960.

Der Spielraum einer Änderung der Politik der KPdSU ist gering: ein Zurück zur terroristischen Phase unmöglich, eine Senkung des Lebensstandards erst recht nicht. Die Bürokratie kämpft mit dem Rücken zur Wand; es geht darum, Zeit zu gewinnen für neue Balanceakte. Die in den letzten Wochen vorgenommenen personellen und taktischen Veränderungen lassen erkennen, daß die neuen Machthaber den Versuch machen, durch Straffung der Einparteiherrschaft die Kontrolle über die innere Entwicklung zu behalten, in der Frage des russisch-chinesischen Konflikts einen neuen Kompromiß herbeizuführen, und die Fortsetzung der bisherigen Politik zu ermöglichen eben dadurch, daß man den bisherigen Repräsentanten dieser Politik zum Sündenbock der negativen Resultate dieser Politik macht.

Was waren die unmittelbaren Auswirkungen der Absetzung Chruschtschows, und was läßt sich daran ablesen über das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen Bürokratie und Massen?
Die Beseitigung Chruschtschows erwies sich zunächst als ein neuer, vernichtender Schlag gegen die bereits lädierte Autorität der KPdSU. War es den Führungen der europäischen KP'en nach 1956 mühsam gelungen, die Autorität Stalins auf Chruschtschow zu transponieren, so reagierten diesmal beinahe alle Parteien nicht mit reflexartiger Anpassung an die neuen Verhältnisse, sondern mit Unzufriedenheit und Kritik an den undemokratischen Methoden des Führungswechsels; Delegationen wurden nach Moskau entsandt, um Rechenschaft zu fordern und exakte

Informationen zu erlangen, Italiener und Norweger zeigten sich mit dem Ergebnis dieser Orientierungsfahrten unzufrieden, selbst in der stockkonservativen KPF setzte das Unbehagen der Mitgliedschaft erste autonome Regungen der Führung in Gang.

Die KPCh quittierte die Absetzung Chruschtschows, des „Meisterintriganten, der die Führung von Partei und Staat an sich gerissen hatte", durch den Besuch Tschou En Lais. Die Chinesen halten jedoch an ihrem Vorschlag zur Generallinie der kommunistischen Weltbewegung vom 14. Juni 1963 ebenso nachdrücklich fest wie die Chruschtschow-Nachfolger an den Bestimmungen des Parteiprogramms von 1961 über die Ablösung der Diktatur des Proletariats und den Übergang zum „Volksstaat".

Albaner und Chinesen forderten in den letzten Tagen die Rehabilitierung Stalins. Wenn die KPCh ihre Anklagen jetzt nicht zu bloßen Beschimpfungen entwertet, gilt weiterhin die These, daß „die revisionistische Chruschtschow-Clique... die Herrschaft des Proletariats abschafft... und den Weg für eine Restauration des Kapitalismus ebnet". Chruschtschow ist gestürzt — die „Clique" herrscht.

Der Chruschtschow-Sturz zeigt überdeutlich die Diskrepanz zwischen der in der SU erreichten technischen Rationalität (Raumflug der „Woschod") und der anachronistischen Struktur des politischen Apparats, der keine demokratischen, institutionellen Wege zur Ablösung von Führungen kennt. Das politische Leben der SU ist weit von jener „durchsichtigen Klarheit aller Verhältnisse" entfernt, die sich die Bolschewiki vom Sozialismus erhofften und die bisher nur im Raumfahrtwesen eindrücklich demonstriert wird.

Immerhin zeigt die Absetzbarkeit Chruschtschows durch eine einfache ZK-Mehrheit, wie sehr sich die politischen Verhältnisse in den vergangenen Jahren verändert haben. Stalin mußte eines natürlichen Todes sterben, bevor entstalinisiert werden konnte, Beria wurde erschossen, die in die Minderheit versetzten Gegner des Chruschtschow-Kurses wurden als „Parteifeinde" ausgestoßen und verbannt. Chruschtschow wird überstimmt und in Pension geschickt. Zudem trennen die Nachfolger neuerlich die Funktionen von Partei- und Regierungschef, um die „Kollektivität" der Führung zu wahren. Hier ist also durchaus eine Zivilisierung der Prozeduren zu verzeichnen.

Gemessen an den Normen des geltenden Parteiprogramms ist dieser Fortschritt allerdings ärmlich. In der Doktrin hat die Arbeiterklasse, mehr noch, das ganze Volk, die Macht („allseitige Entfaltung und Vervollkommnung der sozialistischen Demokratie, aktive Beteiligung aller Bürger an der Staatsverwaltung"). Aber die Bürger und die Millionen Mitglieder der KP erfahren von der Ablösung Chruschtschows erst durch Rundfunk und Prawda, nachdem alles vorüber ist. Niemand weiß bis heute, wieviel ZK-Mitglieder in der entscheidenden Sitzung vom 14. Oktober anwesend waren, niemand kennt die wirklichen Argumente der Präsidiums- und ZK-Majorität, die tatsächlich verhandelten Streitpunkte — niemand hat die Verteidigung Chruschtschows gehört. Die hoch über der Bevölkerung stehende winzige power elite des Präsidiums (10, 11 Männer), die im ZK versammelten Spitzenvertreter der bürokratischen Machtapparate von Staatsverwaltung, Industrie, Landwirtschaft und Armee tagen geheim, unkontrollierbar. Die Massen werden nur durch die groben Winke der Bildersprache darüber instruiert, wer jeweils als „leninistisches ZK" unbegrenztes Vertrauen beansprucht. Die Porträts werden ausgetauscht, die Bücher eingestampft, kein Nachruf begleitet den Mann, der bis gestern die SU repräsentierte und jetzt der Vergessenheit überantwortet wird, die Bevölkerung wird mit ein paar Tricks abgefertigt, die Historiker und Biographen bekommen neue Arbeit.

Wenige Wochen vor dem Chruschtschow-Sturz veröffentlichte die Prawda das Memorandum Togliattis, das wegen einiger Übergangsforderungen von Interesse ist. Dort heißt es: „Der allgemeine Eindruck ist der der Langsamkeit und eines Widerstandes, zu den leninistischen Normen zurückzukehren, die innerhalb der Partei und außerhalb breite Freiheit der Meinung und der Diskussion ... sicherten. Diese Langsamkeit und dieser Widerstand sind für uns schwer erklärbar..."

Wenn das Programm eines „Zurück zu Lenin" praktiziert werden soll, so ist im „Fall Chruschtschow" die restlose Publizität der Vorgänge zu fordern, damit alle Details des Führungswechsels in der interessierten Öffentlichkeit diskutiert werden können:

die Veröffentlichung des stenografischen Protokolls der Präsidiums- und ZK-Sitzung vom 13./14. Oktober —

die Möglichkeit für den Abgesetzten, sich über Presse, Rundfunk und Fernsehen zu verteidigen.

Für Sozialisten und Kommunisten zeigt der Chruschtschow-Sturz einmal mehr, wie prekär es ist, sich auf die Moskauer Führung zu verlassen, wie notwendig es ist, das stalinistische Einparteisystem in der SU zu ersetzen durch eine funktionierende Arbeiterdemokratie mit konkurrierenden sozialistischen Parteien.

Anläßlich des Machtwechsels in der SU bat die Redaktion Helmut Dahmer, einen Kommentar zu diesem Vorgang zu schreiben. Es ergab sich eine Diskussion über den theoretischen Hintergrund seiner Thesen, deren Resultat der Autor in einem Brief an die Redaktion kurz zusammenfaßte. Wir drucken diese Erläuterungen gleichfalls ab.

Durch politische Konterrevolution siegte in den dreißiger Jahren die stalinistische Fraktion der KPR als politische Repräsentantin der neu entstandenen Bürokratie in Staat und Wirtschaft über den oppositionellen Flügel der gleichen Partei, der sich für die Selbstregierung der Massen schlug. „Bürokratie" als Staatsverwaltung über der Bevölkerung

und Arbeiterdemokratie als Selbstorganisation der mündigen Massen: das ist die politische Alternative, um die in der SU der bald latente, bald offene Kampf geführt wird. Ich begreife also alle politischen Phänomene in der SU im Lichte des Kampfes zwischen Bürokratie und Massen, der fast die Züge eines Klassenkampfes trägt. Die SU bietet das Paradox einer Gesellschaft, die das Privateigentum an Mitteln der Produktion abgeschafft hat, in der aber weiterhin Herrschaft von Menschen über Menschen ausgeübt wird, und zwar in unvorstellbar grausamer Art (Jeschowschtschina!). Diese „Degeneration" (Lenin) trat ein wesentlich wegen der Isolierung der russischen Revolution. Das Kräfteverhältnis zwischen Proletariat und Bauern, zwischen Proletariat und Bürokratie war daher so, daß letztere den Sieg davontragen konnte. Im rückständigen Rußland konnte man nur industrialisieren mit „sozialistischen" Mitteln (Planwirtschaft, Außenhandelsmonopol, Verstaatlichung). Unter Stalins Führung blieb von der Losung „Sozialismus ist: Sowjetmacht plus Elektrifizierung" (Lenin) nur die „Elektrifizierung". Um die Massen für dieses „Aufholen" zu mobilisieren, wurde ihnen die rasche Industrialisierung als „Aufbau des Sozialismus" präsentiert. Die mögliche Politik der KPR hatte zwei Hebel zur Verfügung: den langen der Beförderung von Revolutionen in hochentwickelte Länder, den kurzen des planwirtschaftlich geleiteten, „abgekürzten" Aufbaus einer eigenen Industrie. Durch die Politik der Partei beraubte man sich des „langen" Hebels, es blieb nur der kurze. Die Frage der Rolle der Massen wurde durch politischen, blutigen Kampf entschieden. Das Resultat war die Aufopferung einer ganzen Generation um des „Aufbaus" willen.

Die „Bürokratie", Produkt der materiellen und kulturellen Armut der russischen Bevölkerung am Ausgang des Bürgerkrieges, wuchs zu einer einheitlichen privilegierten Schicht zusammen (Parteiführung = Staatsführung = Wirtschaftsleitung), deren Funktion eine doppelte war: Verteidigung der sozialisierten Wirtschaft, aus der auch sie ihre Revenuen zog, und Verteidigung der materiellen Ungleichheit in der Konsumsphäre (Produkt der Not), aus der sie ihre Macht und ihre Privilegien zog (Säule ihrer Macht: die Verfügung über die Produktionsmittel qua Planfestlegung, Investitionslenkung etc.). Die irrationalen Züge der russischen Planwirtschaft resultieren ausschließlich aus der bürokratischen Leitung. Zudiktierter Konsumverzicht = niedrige Arbeitsproduktivität! Lähmung der Landwirtschaft durch die Zwangskollektivierung von 1929. Die Bürokratie kann bürokratische Kehrtwendungen und Reformen durchführen, nur die eine nicht, die in ihrem Abtreten besteht, im Übergang also zu demokratischer Kontrolle der Planung, zur Arbeiterselbstverwaltung. Der Übergang zur materiellen Gleichheit, der Übergang der Verfügungsgewalt über die Planwirtschaft an die in Räten organisierten Massen ist das Heilmittel der ökonomischen Misere der SU. Die Verhinderung dieses politischen Umsturzes ist zugleich die conditio sine qua non der Fortdauer der bürokratischen Bevormundung der russischen Gesellschaft.

Da seit 40 Jahren eine Einparteidiktatur besteht, muß sich selbstverständlich das gesamte politische Leben des Landes durch die Vermittlung eben dieser Partei ausdrücken. Deshalb gab es selbst zur Stalinzeit mindestens einen Kampf um die Gunst des Diktators, einen Kampf um den Einfluß auf ihn. Insofern ist auch die Politik Chr's eine Resultante verschiedener Interessen. Seine Politik war die nicht-terroristische Variante (die „liberale") des stalinistischen Systems. Die Politik der KPdSU ist aber in jedem Falle Bürokratenpolitik, die den Interessen der Bevölkerung nur insoweit Rechnung trägt, als eine Nichtbeachtung den Verlust der Herrschaft nach sich ziehen würde.

Die Gründe für die Abberufung Chr's liegen vor allem im russisch-chinesischen Konflikt. Seine infolge von Rückschlägen in der Frage des Lebensstandards gesunkene Popularität bei der Bevölkerung erlaubte das rigorose Vorgehen des ZK ihm gegenüber. In keiner Weise lassen sich diese Vorgänge an der Spitze sozialökonomischen Tendenzen im Unterbau zuordnen. Es ist vielmehr so, daß die fortdauernde Einparteiherrschaft einen einzigen Widerspruch zu den Tendenzen einer sich ausbreitenden sozialistischen Wirtschaft darstellt.

Man kann das deutlich an der Frage der Pläne sehen: die Wirtschaft ist verstaatlicht, aber der Staat „gehört" der Bürokratie. Man kann nun lavieren in der Frage der Investitionen. In jedem Fall wird der Plan über die Köpfe der Produzenten hinweg festgelegt. Opfer der Lebenshaltung werden zudiktiert, Zugeständnisse werden „geschenkt". Sozialistische Gesellschaft heißt: daß Opfer nur von der Bevölkerung selber sich auferlegt werden können.

Ich habe an diese Grundlinien der KPdSU-Politik gedacht, als ich schrieb, daß sich durch die bürokratische Absetzung Chruschtschows nichts ändern kann.

Warum kämpft die Bürokratie mit dem Rücken zur Wand? Weil ihre Politik die der permanenten Lüge, des Volksbetrugs ist, weil sie gezwungen ist, um ihre Existenz plausibel zu machen, seit 40 Jahren mehr zu versprechen, als sie zu halten vermag. „Sozialismus" 1935, „Kommunismus" 1961, „entfaltete Demokratie" seit 1919, „Einholen" seit dem 1. 5-Jahres-Plan, „Überholen" in dieser Generation. Die Bürokratie lebt von dieser Lüge. Der Aufbau des Sozialismus unter den Umständen von gestern und heute ist Opium fürs Volk, damit es die Bevormundung toleriert. Der Mangel ist unterm Druck des Wettrüstens und des Nachhol-Aufbaus bis heute nicht verschwunden, der Umkreis für Todesstrafe wegen Wirtschaftsvergehen wächst an! Die Führung müßte sagen: ohne Vernichtung des Imperialismus kein Sozialismus-Kommunismus, kein Wohlstand für alle.

Das aber kann sie nicht, da jede siegreiche Revolution, die sie nicht zerschlagen (Spanien) oder zerschlagen lassen (Kongo) kann, ihre Position schwächt.

Der Chr.-Sturz ist also ein Ereignis im sowjetischen „Olymp", nicht unmittelbar herleitbar aus Tendenzen der Ökonomie. Dieser Zusammenhang wird ohnehin meist zu eng gesehen. Die höchstentwickelte deutsche Wirtschaft vertrug sich i d e a l mit der irrationalen Hitlerdiktatur. Art und Ausmaß der Naturbeherrschung sind bedingt durch die sozialen Herrschaftsverhältnisse (Produktionsverhältnisse). Technische Rationalität, die in einem best. irrationalen System sich entfaltet, ist der objektiven Möglichkeit nach Unterminierung der Herrschaft. Die techn. Intelligenz hütet sich aber — genau wie bei uns —, diese Verhältnisse p o l i t i s c h auszudrücken, oder um die technischen Erfordernisse einen politischen Kampf zu inszenieren. Die technischen Gegebenheiten lassen die nötige Veränderung zwar immer plausibler erscheinen, vermögen aber an sich politisch gar nichts, und können die power elite allenfalls zu einer S e l b s t r e f o r m zwingen, die aber eben die G r u n d l a g e n ihrer Macht unangetastet läßt. Es läßt sich kein Punkt zeigen, vor allem nicht in der k r i s e n f r e i e n russ. Wirtschaft, wo der techn.-ökonom. Prozeß von sich her die politische Revolution erzwingt. Die sich entfaltende planwirtschaftl. Ökonomie kann nur bessere Argumente für die Demokratisierung geben und wird vermutlich leichter demokratisch zu leiten sein.

Sputniks und Woschod zeigen, was die Planwirtschaft vermag, was die Orientierung des Bildungs- und Forschungsapparats auf Rüstung (nur bedingt „rational") und Naturbeherrschung („rat.") vermag, und zwar t r o t z bürokratischer Kehrtwendungen. Das ist aber nicht das Verdienst des ZK, sondern es läßt sich zeigen, daß seine Politik über weite Strecken hinweg die jeweils schlechtest mögliche war. Selbst bürokratisch entstellte Planwirtschaft führt in Kürze (40 Jahre) vom unterentwickelten Status zu Triumphen der Naturbeherrschung.

Es ist sicher legitim, die im Sektor Weltraumflug (oder auch in anderen, ich wählte dies Beispiel wegen der zeitlichen Koinzidenz) erreichte „Durchsichtigkeit aller Verhältnisse" (ohne die ja ein solcher Drei-Mann-Flug scheitern müßte!), kritisch zum Modell herzustellender vergleichbarer „Durchsichtigkeit" der politischen Beziehungen zwischen Menschen zu erheben, die ja bisher undurchschaut, voll von Tabus und Aberglauben (etwa Sozialismus = immer umfassendere Kontrolle der einen Partei) sich als „geistiges" Tierreich präsentieren.

Literaturhinweise

Robert V. Daniels: Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in Sowjetrußland. Köln und Berlin 1962

Leo Trotzki: Verratene Revolution.
Veritas-Verlag Zürich 1957

Tony Cliff: Russia. A Marxist Analysis
London 1963

Isaac Deutscher: Der große Wettkampf. Rußland und der Westen
Dorbrecht 1960

Die letzten Entwicklungen in der KPI

Wenn man die Tragweite der letzten Entwicklungen in der KPI verstehen will, muß man im Auge behalten, daß das M e m o r a n d u m v o n Y a l t a nur ein wesentlicher Punkt in einem langen Prozeß theoretischer Selbstverständigung und politischen Kampfes ist, in dem die KPI seit Jahren engagiert ist und der seit dem XX. Kongreß immer deutlicher geworden ist. Es handelt sich um eine kritische und selbstkritische Ausarbeitung, die nicht nur die Struktur der Partei und die Strategie der Arbeiterbewegung diskutiert, sondern auch das Verhältnis zu den nicht-kommunistischen Intellektuellen, und hauptsächlich die Frage der „Bereicherung" des Marxismus durch die kritische Verarbeitung jener Denkströmungen behandelt, die in der Nachkriegszeit immer mehr an Bedeutung gewonnen haben. In diesem Zusammenhang muß die Veröffentlichung der politischen Schriften von Jean-Paul Sartre durch den Parteiverlag gesehen werden; ein Faktum, dessen Bedeutung weit über eine reine Entscheidung innerhalb eines Verlagsprogramms hinausgeht. Mario Alicata schreibt im Vorwort zur Ausgabe: „Einer der Hebel, die man ansetzen muß, um heute in schöpferischer Weise den Marxismus zu entwickeln und ihn von jeder Tendenz zu dogmatischer Verhärtung zu befreien, ist die Aufgabe, das Verhältnis zwischen uns Kommunisten und denjenigen auf korrekte Weise funktionieren zu lassen, die zur revolutionären Bewegung gehören und den Marxismus als wesentlichen Bezugspunkt für jede theoretische Untersuchung in unserer Zeit betrachten, obwohl sie nicht aktive Parteimitglieder sind, und obwohl sie nicht zu einer solchen marxistischen Auffassung gekommen sind, wie wir sie vertreten."[1]) Alicata vertritt die Ansicht, daß es darum gehe, ein Verhältnis zu jenen Intellektuellen zu erreichen, das nicht instrumental ist, sondern den Dialog auf allen Ebenen erlaubt. Er schlägt darüber hinaus „taktische" Übereinkünfte und „diplomatische" Dialoge mit jenen vor, die ihrem Selbstverständnis nach nicht zur revolutionären Bewegung gehören.

Bevor wir an eine Bewertung der letzten Arbeit Togliattis im Kontext der Ausarbeitung einer neuen Problematik gehen, halten wir es für nötig, kurz die Hauptthemen anzudeuten, die das Interesse und die Diskussionen der italienischen Kommunisten auf sich gezogen haben. Vor allem die Auseinandersetzungen und die Thesen über die Probleme der Partei und ihrer Organisation. Eine Sondernummer der „critica marxista" (theoretische Zweimonatsschrift der KPI) hat dieses Problem behandelt. Sie ging von der Feststellung aus, daß „die Probleme der Partei in der Geschichte der Arbeiterbewegung nicht ein für allemal gelöst sind . . . und sich dem historischen Prozeß anpassen und in ihm leben müssen", und kam zur Analyse des Verhältnisses von Klasse und politischen Kräften: „Es geht darum, daß die politische Einheit

der Klasse nicht als unmittelbare Gegebenheit aufzufassen ist, auch nicht ein für allemal erreicht ist, auch nicht immer auf eine einzige Partei reduzierbar ist, sondern ein historischer Erfolg ist, der sich in verschiedenen Formen ausdrücken kann, immer in Frage zu stellen ist und, um reich, reif und zur Hegemonie (nicht nur zum Zwang) fähig zu sein, sich auf eine demokratische Dialektik stützen muß."

Mit diesem Problem und den Thesen über die Strategie der Arbeiterbewegung in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern ist die Diskussion über den Leninismus verbunden, besonders über die Auffassung des Staates in der Leninschen Theorie. Die Diskussion wurde von Pietro Ingrao folgendermaßen eingeleitet: „. . . ich meine, daß wir selbst die Leninsche Konzeption des Staates ernsthaft überdenken müssen, um alle neuen Elemente des Widerspruchs, der demokratischen Möglichkeiten (apertura democratica) zu erfassen. Elemente, die durch den Kampf der Massen in die bürgerliche Staatsordnung eingeführt wurden, die das Moment des Konsensus gegen das überwiegende Moment des Zwanges in gewisser Weise verstärkten und die den Stellenwert des Staates im Verhältnis zur Wirtschaft erheblich modifizierten." Die Diskussion wurde von Luciano Gruppi (Rinascita vom 25. Juli 1964) aufgenommen, der den teilweise einseitigen Charakter der Leninschen Analyse herausarbeitet und sich auf die Engelssche Auffassung vom Staat stützt, die ihm artikulierter zu sein scheint und besser dazu geeignet, Ansätze für eine Beurteilung der italienischen Situation zu finden[2]).

Was das Problem der Debatten zwischen den kommunistischen Parteien angeht, nimmt der Leitartikel in „critica marxista" (Juli/August 1963) in allen Punkten die von Togliatti in Yalta niedergelegten Thesen voraus. Die Feststellung des „unterschiedlichen geschichtlichen Entwicklungsstandes der revolutionären Prozesse in den verschiedenen Teilen der Welt" zwingt die kommunistische Bewegung dazu, „auf drei verschiedenen Ebenen: in den Ländern, in denen sie an der Macht ist, in den kapitalistischen Ländern, in den unterentwickelten Ländern" zu kämpfen. Der Kampf dürfe auf keiner der verschiedenen Ebenen vernachlässigt werden. Auf dieser Feststellung basiert die Theorie der Einheit in der Verschiedenheit (unità nella diversità), die die Existenz einer führenden Partei oder eines führenden Staates ausschließt (eine These, die schon in der Resolution der KPI zum XXII. Parteitag der KPdSU im November 1961 aufgestellt wurde).

Zu allen diesen älteren Thesen fügt das Togliatti-Memorandum neue Momente hinzu; einerseits seinen erklärten Pessimismus, was die Perspektiven der gegenwärtigen Situation angeht. Ein Pessimismus, der sich nicht nur auf die Meinungsverschiedenheiten im Inneren der kommunistischen Bewegung gründet, sondern der seine Wurzeln hat sowohl in den Schwierigkeiten, denen die kommunistischen Parteien des Westens (mit Ausnahme von Frankreich, Italien und Spanien) begegnen, wenn sie eine wahre und wirksame politische Aktion durchführen wollen, die sie mit den breiten Massen der Arbeiter verbindet, als auch in der internationalen Situation, die durch eine immer agressivere Haltung des europäischen Kapitalismus und des amerikanischen Imperialismus gekennzeichnet ist. Andererseits ist ein Verdienst des Memorandums die Klarheit und Direktheit des Stils, mit denen einige Themen behandelt werden. Die Aufforderung, die chinesischen Thesen mit Fakten und nicht mehr mit Parolen zu bekämpfen, und die Kritik an einigen Irrtümern der Sowjetunion (Diskussion auf dem Niveau pauschaler Verdammungen, Abziehen sowjetischer Techniker aus China, Bestehen auf der Einberufung einer internationalen Konferenz, die notwendigerweise zu einer nutzlosen und gefährlichen „Exkommunikation" Chinas[3] geführt hätte, usw.) sind nicht die einzigen Punkte, in denen Togliattis Analyse ausführlicher geworden ist. „Unsere internationale Gewerkschaftsorganisation (WGB) macht nur allgemeine Propaganda. Sie hat bisher keinerlei wirksame Initiative für eine Aktion gegen die Politik der großen Monopole ergriffen. Völlig gefehlt hat auch bisher eine Initiative unsererseits gegenüber den anderen internationalen Gewerkschaftsorganisationen. Und das ist ein ernster Irrtum, weil es in diesen Organisationen schon Leute gibt, welche die Absicht und die Politik der großen Monopole kritisieren und sich ihnen entgegenzustellen versuchen." Diese Kritik erklärt die ständige Uneinigkeit, die seit Jahren die Stellung der CGIL (sozialistisch-kommunistische Gewerkschaft Italiens) im WGB charakterisiert.

Schließlich trägt Togliatti zur Klärung des Verhältnisses KPI—KPdSU bei. Er kritisiert die Langsamkeit der Entstalinisierung[4]) in den sozialistischen Ländern und das Fehlen einer Rückkehr zu leninistischen Normen. Sein Thema, die „sozialistische Demokratie", geht weit über eine formale Kritik der als Diktatur der Partei verstandenen Diktatur des Proletariats hinaus.

In dieser Richtung muß der Artikel von Giuseppe Boffa (Experte für die UdSSR) mit dem Titel „die Funktion der KPdSU in der sowjetischen Gesellschaft" gesehen werden, in dem Fragen über die organisatorische Aufspaltung der Partei in einen landwirtschaftlichen und einen industriellen Sektor im Jahre 1962 aufgeworfen werden. Abschließend stellt Boffa die Frage: „Betrifft die Krise nur die Entscheidung von 1962 oder betrifft sie nicht eher die Auffassung von einer Partei, die direkte Verantwortung für das Funktionieren der Wirtschaft trägt? Wenn die Struktur, die die Partei in den letzten Jahren erhalten hat, falsch ist, kann man dann die ältere Struktur als den heutigen Aufgaben angemessener betrachten? Und ferner: Gelten diese Fragen nur für die Aktivität der Partei im Wirtschaftssektor, oder auch für die anderen Aspekte ihrer Funktion in der Gesellschaft? Steht die Autonomie von Organismen wie Räten oder Gewerkschaften wirklich im Gegensatz zur führenden Stellung der Partei, oder ist sie nicht Bedingung dafür, daß jene notwendige führende Stellung effektiv wird? Ist nicht endlich die offene Diskussion, innerhalb und außerhalb der Partei,

die einzige Voraussetzung, die es erlauben könnte, auf all diese Fragen korrekt zu antworten?"[5]). Diese Fragen müßten allerdings ein ernsthafter Anfang sein und nicht, wie es zu häufig geschehen ist, ohne Resonanz bleiben.

Das jüngste Ergebnis dieser Entwicklung ist die Stellungnahme der KPI zur Absetzung Chruschtschows. Die Kritik an den Methoden und die Bedenken, die im Berlinguer-Bericht[6]) zum Ausdruck kommen, fallen nicht aus dem Rahmen der bisherigen Position der italienischen Kommunisten, die innerhalb der kommunistischen Bewegung die am meisten selbständige und kohärente Stellung einnehmen.

[1]) Jean-Paul Sartre: „il filosofo e la politica" — Editori Riuniti, Rom 1964, S. VIII. Von Bedeutung ist im gleichen Vorwort die deutliche Aufforderung zu einer aufmerksamen Lektüre des Aufsatzes „le fantôme de Staline", in dem die Sowjetunion sehr heftig kritisiert wird, und den Sartre für die Sondernummer von „Temps Modernes" über den Ungarnaufstand schrieb (T. M. Nr. 130/131 — Dezember 1956/Januar 1957).

[2]) Rossana Rossanda hatte schon zum gleichen Thema Stellung genommen (critica marxista — März/April 1963) in einem Artikel „Bemerkungen zum Verhältnis von Reform und Revolution". Sie leitet die Theorie der Strukturreformen aus Thesen Gramscis ab, wobei sie zumindest formal an der Konzeption Lenins festhält.
Der Historiker Luigi Cortesi, Herausgeber der Zeitschrift „Rivista storica del Socialismo", hatte (in der Nr. 21 seiner Zeitschrift) eine lebhafte Verteidigung der Thesen Lenins veröffentlicht, unter dem ironischen Titel „archäologische Untersuchungen über Lenins ‚Staat und Revolution'". Er schließt seinen Artikel: „Der Leninismus — insofern er Theorie der Revolution und Theorie der Diktatur des Proletariats und ihrer Überwindung ist — zeigt sich als aufgeladen mit einem kritischen und idealen Schwung, der die Verzerrungen durch den Stalinismus und jeden Versuch zur Einbalsamierung und Archivierung überlebt."

[3]) Über diesen Punkt und über Togliattis „Pessimismus" hat sich das ZK der KPF aufgeregt. Es hat seinen Widerspruch in einem Bericht von Leroy über das Yalta-Memorandum in der Zeitschrift „Cahiers du Communisme" zum Ausdruck gebracht. Enrico Berlinguer hat darauf erwidert (in Rinascita vom 24. Oktober 1964): „Uns überzeugt zunächst nicht die Anwendung jener Diskussionsmethode, die von bestimmten partiellen Meinungsverschiedenheiten ausgeht, sofort dazu übergeht, die Einstellungen des Gesprächspartners so weit zu entstellen, bis man eine Art allgemeiner Abweichung von der Analyse und von der Linie der kommunistischen Bewegung aufgebaut hat. Es handelt sich um eine Methode, die in der Vergangenheit sehr häufig in den internen Diskussionen der kommunistischen Bewegung und der einzelnen Parteien angewandt wurde; allerdings mit im allgemeinen sehr negativen Konsequenzen, die nicht vergessen werden sollten."

[4]) In dieser Hinsicht sollte man die Aufforderung Togliattis nicht vergessen, den Stalinismus nicht auf die persönlichen Fehler Stalins zu reduzieren. Er trifft sich dabei mit der „Rivista storica del Socialismo", die in den vergangenen Jahren eine Diskussion über den Stalinismus geführt hat. Diese Beiträge sind in einem Band erschienen: „Dibattito sullo Stalismo" — Rom 1964 — Libreria Internazionale Terzo Mondo.

[5]) Rinascita vom 7. November 1964.

[6]) Vergleiche: Spiegel-Interview mit Berlinguer. Spiegel Nr. 46, vom 11. November 1964.

Gianni Barba

Zur Politik der Labour-Regierung

(vgl. Michael Vester Harold Wilson nk 25/26)

Der Genosse Vester hat sicherlich Recht, wenn er schreibt (neue kritik 25/26), „Radikale Änderungen sind von der Labour-Regierung nicht zu erwarten". Ich würde aber bestreiten, daß Wilsons Programm unter Umständen zu einer Aufhebung des Kapitalismus führen könnte. Man braucht nur die Zusammensetzung des neuen Kabinetts zu betrachten, um zu sehen, daß die Regierung nicht der Totengräber des Kapitalismus ist, sondern vielmehr sein Arzt. Die ganze Wirtschaftspolitik ist in den Händen der alten Gesinnungsgenossen von Gaitskell: George Brown ist Wirtschaftsminister; Jay, der Hauptgegner der Verstaatlichung im innerparteilichen Streit von 1960, ist Handelsminister; Crosland, Prophet der Zwei-Sektoren-Wirtschaft (Public-Private sectors), ist Browns Stellvertreter; Callaghan ist Schatzminister. Gordon Walker, der neue Außenminister, und Healey, der Verteidigungsminister, gelten seit eh und je als Rechte. Die fünf Kabinettsmitglieder (von 22), die man als linksorientiert bezeichnen könnte, sind alle in Positionen, wo sie Grundsätze der nationalen Politik nicht bestimmen können: Greenwood (Kolonien), Stewart (Erziehung), Crossman (Wohnungsbau), Cousins (Technologie), Castle (Overseas Development . . . was das überhaupt bedeuten möge). Angesichts dieses Mehrheitsverhältnisses scheint es mir sehr fragwürdig, ob Wilson „dem Einfluß der Linken immer zugänglich gewesen ist".
Obwohl die Labour-Partei keine „Volkspartei" im Sinne der SPD sein will, kann man sie auf keinen Fall als Arbeiterpartei bezeichnen. Die Labour Party bekam die Stimmen der neuen Techniker-Mittelschichten nicht weil die letzteren ins Arbeitnehmerlager hinübergezogen wurden, sondern vielmehr weil sie eine höhere Belohnung und bessere Positionen sowie eine wirksamere kapitalistische Wirtschaftspolitik von Labour erwarteten.

In der kurzen Zeit seit den Wahlen hat sich die Labour-Außen- und Verteidigungspolitik als kaum unterscheidbar von derjenigen der Konservativen erwiesen. Labour wird zwar keine MLF mit „einem deutschen Finger am Abzug" unterstützen, wohl aber eine atlantische Atomstreitmacht mit amerikanischem Vetorecht. Dadurch ist Wilson bereit, die britische Abhängigkeit von Amerika sowie die NATO-Kaltekriegspolitik fortzusetzen.
Mitte November hat die englische Regierung den Belgiern Ascension Island (eine englische Kolonie) als Fallschirmjägerstützpunkt für den Angriff gegen Stanleyville freigegeben. Bessere Handelsbeziehungen mit dem Ostblock und Einstellung der Waffenlieferungen nach Südafrika und Spanien sind die einzigen positiven Änderungen, die zu erwarten sind.

Das Hauptproblem der Labour-Regierung, das vom Genossen Vester nicht behandelt wurde, ist die Notwendigkeit, ohne sozialistische Gesellschaftsumwälzung (die Labour nicht durchführen will und auch nicht könnte) einen Lohnstop zu machen. Wie bekannt, hat die konservative Regierung eine sehr schlechte Zahlungsbilanz hinterlassen. Die 15prozentige Zollerhöhung kann das Problem nur kurzfristig lösen; auf lange Sicht kann sie den Zustand nur verschlechtern. Um die Ökonomie (und damit das kapitalistische System in England) zu retten, werden wie immer in solchen Fällen die Arbeiter das größte Opfer bringen müsen. Wilson hat schon den potentiellen Hauptgegner dieser Politik beseitigt, indem er Cousins zum Kabinettsmitglied ernannt hat. Die Gewerkschaften scheinen jetzt bereit zu sein, eine Politik mitzumachen, die sie unter den Konservativen grundsätzlich abgelehnt haben. Ein Grund dafür ist, daß Wilson auch eine Gewinnsteigerungsbegrenzung durchzuführen versprochen hat. Die Verstaatlichung der Stahlindustrie, die ohne diese Entprivatisierung heute wirtschaftlich ganz bedeutungslos wäre, soll auch eine Belohnung fürs Maßhalten von seiten der Gewerkschaften sein. Wilson wird auch eine Rationalisierung der Industrie anstreben, die, zumindest in den ersten Jahren, die Unternehmer begünstigen wird. Diese Maßnahmen sind zweifellos unter den Voraussetzungen der heutigen wirtschaftlichen Lage notwendig; es läßt sich bloß fragen, ob der Kampf der Arbeiterklasse unter einer Labour-Regierung nicht schwieriger wird, als er es unter den Konservativen war.

Stephen Castles

Stephen Castles beklagt, daß die Labour-Regierung die (kapitalistische) Wirtschaft rationalisiert, daß England noch in der NATO ist und daß die Linke im Kabinett in der Minderheit ist. Das alles ist unbestreitbar. Wenn aber Wilson kein Lenin ist, dann ist er damit nicht schon ein Wehner.

Meines Erachtens ist der kalte Krieg der SPD, mit Heimatrechtparolen, Hallstein-Doktrin und MLF, etwas anderes als die Entspannungspläne des „rechten" Ministers Healey und die übrige Labour-Außenpolitik, die den kalten Krieg zu lockern versucht, wenn sie ihn natürlich auch nicht beendet. Hätte Labour die NATO verlassen, dann könnte sie beispielsweise nicht versuchen, Amerika für eine militärische Verdünnung in Mitteleuropa zu gewinnen.

Die Zusammensetzung des Kabinetts spiegelt die Kräfteverhältnisse der Fraktion und nicht Wilsons Intentionen. Es ist kein Geheimnis, daß Wilsons strategische Konzeption bis in die Formulierungen hinein mit denen des linken Ministers Richard Crossman übereinstimmt, der seinerzeit die Politik der Fronde gegen Gaitskells SPD-Kurs artikulierte. Außerdem kann man von den Wahlmotiven der Techniker nicht direkt darauf schließen, was Labour tun wird.

Jede Wirtschaftspolitik muß Nahziele und Fernziele unterscheiden. Wenn die Regierung die Wirtschaft nicht jetzt stabilisiert, dann verpaßt sie die letzte Gelegenheit, Stagnation und internationale Wettbewerbsunfähigkeit aufzufangen. Natürlich stärkt dies vorläufig „den Kapitalismus". Aber das schöne Wort, die Sozialisten sollten Totengräber und nicht Arzt des Kapitalismus sein, führt in eine Sackgasse wie so manches Schlagwort. Es sollte bekannt sein, daß der Kapitalismus sich so weit selbst verarzten kann, daß auf Jahrzehnte nicht mit einem endgültigen Zusammenbruch zu rechnen ist. Wer Totengräber sein will, wird lange untätig bleiben müssen. Er gleicht den Austromarxisten, die immer auf den Zusammenbruch gewartet haben und sich nicht durch eine aktive Politik kompromittieren wollten. Konsequenz dieser Abwartepolitik war das Versagen angesichts des Faschismus.

Wenn die Labour-Regierung stillhält und die Wirtschaft nicht stabilisiert, dann fällt nicht der Kapitalismus, sondern die Labour-Regierung. Denn ohne Prosperität lassen sich weder die geplanten radikalen Wohlfahrtsprogramme finanzieren noch die Wähler dazu bewegen, der LP bei der nächsten Wahl ein überzeugenderes Mandat für radikalere Veränderungen zu erteilen. Oder soll die LP durch negative Konjunkturpolitik die Lebensbedingungen weiter verschlechtern, dann abgewählt werden und hoffen, daß das Elend von selbst zur Revolution führt?

Wenn die jetzige Labour-Politik endlos fortgesetzt würde, so brächte sie natürlich nie den Sozialismus. Es kommt aber darauf an, was geschieht, n a c h d e m die Wirtschaft einmal stabilisiert ist. Stephen Castles weiß genau, daß nichts geschehen wird, weil heute nichts geschieht. Damit sagt er der Linken, es hätte gar keinen Zweck, sich noch sonderlich anzustrengen. Es sei ja doch aussichtslos.

Anstatt Defätismus zu predigen, sollte man lieber analysieren, welche M ö g l i c h k e i t e n und Ansatzpunkte die Linke noch hat. In der LP ist die Linke nicht liquidiert wie in der SPD, sondern sogar fest etabliert; sie hat damit die Chance, Kräfte für die kommenden Auseinandersetzungen um Alternativen zu sammeln. Eine starke Linke konnte überdies bisher immer auf die Unterstützung Wilsons rechnen. Selbst wenn die jetzige Regierung nur die Wirtschaft stabilisiert, einzelne Branchen nationalisiert und den kalten Krieg entschärft, schafft sie damit eine Basis, auf der radikalere Maßnahmen aufbauen können. Solche Maßnahmen sind im Regierungsprogramm angelegt: wenn Labour wirklich die Inflation bremsen, ein universales Wohlfahrtsprogramm durchführen und die Muße statt der Arbeit zum Lebensinhalt machen will, dann geht das nicht ohne Veränderungen der Eigentumsverhältnisse, ohne die die geplante umfangreiche technologische Steigerung der Produktivität unmöglich wäre. Hier kann die Linke den Hebel ansetzen, da sie die Wohlfahrts- und Technik-Ministerien, übrigens Wilsons Hobbys, kontrolliert.

Die Linke wird nur dann für diese Chancen stark genug sein, wenn sie die gegenwärtigen Regierungsmaßnahmen im Interesse der künftigen uneingeschränkt kritisiert, zum

Beispiel die Lohnplanung. Die Gewerkschaften haben der Lohnplanung vernünftigerweise nur unter der Bedingung zugestimmt, daß kompensierende Eingriffe in die Unternehmerfreiheiten erfolgen. Wenn nun aber statt dessen die Arbeitnehmer benachteiligt werden, kann die Linke die entstehende Unzufriedenheit so ausnützen, daß sie die Parteimehrheit verändert.

Die Hauptschwäche ist, daß das parlamentarische System der Bevölkerung eine wesentlich passive Rolle zudiktiert. Die Bevölkerung könnte sich aber nur durch aktive Beteiligung, etwa durch Selbstverwaltung im Produktions- und Konsumsektor, mit der Umgestaltung der Gesellschaft identifizieren. Auf das Fehlen einer solchen Identifikation hatte seinerzeit G. D. H. Cole, der kürzlich verstorbene Theoretiker der englischen Rätebewegung, die Abwahl der Regierung Attlee im Jahre 1951 zurückgeführt. Tatsächlich erstarkten damals die Forderungen nach Arbeiterkontrolle. Ein weiterer Grund der damaligen Niederlage war das Ungleichgewicht zwischen Löhnen und Preisen, aber nicht etwa eine Opposition gegen Nationalisierung und Planung. Hier also hätte die Linke wiederum Ansatzpunkte.

Um solche Ansatzpunkte ging es mir in meinem kurzen Kommentar in der letzten „neuen kritik". Denn exakte Prognosen sind sachlich unmöglich, auch pessimistische wie die von Stephen Castles. Zwischen der Gegenwart und der Zukunft kann kein deterministischer Zusammenhang konstruiert werden, weil zwischen beiden verändernde Praxis liegt, auch solche der Linken. Die Linke gleicht dabei den beiden Fröschen, die in die Milch gefallen sind. Der eine, der Optimist, hat gestrampelt und damit die Butter erzeugt, auf die er sich retten konnte. Der andere, der Defätist, ist gleich aus höherer Einsicht ertrunken: daraus, daß er keine Butter vorfand, hat er messerscharf geschlossen, daß keine Butter möglich sei, und alle viere von sich gestreckt. So konnte er zwar seinen Ruf als Skeptiker, nicht aber sein Leben retten.

Michael Vester

Gewerkschaften, Wirtschaftsplanung und Einkommenspolitik in Großbritannien

Der diesjährige Jahreskongreß der englischen Gewerkschaften (Trade Unions Congress, T.U.C.) fand bloß 6 Wochen vor den Parlamentswahlen statt. Die in seinem Mittelpunkt stehenden Diskussionen wurden unvermeidlicherweise davon beeinflußt, daß in Kürze eine neue Regierung gewählt werden würde.

Im Laufe der letzten zwei Jahre ist es in Großbritannien Mode geworden, Wirtschaftsplanung zu befürworten. Selbst die Konservativen, die immer behauptet hatten, daß dem Marktgeschehen kein Zwang auferlegt werden sollte, rühmen sich heute ihres eigenen Programms für geplantes Wirtschaftswachstum. Die Notwendigkeit einer Wirtschaftsplanung ist evident geworden, denn die Leistung der britischen Industrie im Verlauf der letzten 12 Jahre verträgt keinen Vergleich mit der anderer Länder. Die Zuwachsraten der Produktion waren geringer als die der Länder, die Großbritanniens schärfste Handelskonkurrenz darstellen.

Planung

Der Planungstypus allerdings, den die Konservativen und sogar einige Vertreter der Arbeiterbewegung empfohlen haben, hat sehr wenig mit sozialistischer Planung zu tun. Für die Konservativen bedeutet Planung nichts weiter als Formulierung und Vorschlag von Zuwachsraten. Diese werden dann publiziert und diskutiert, aber über die Ressourcen soll so wenig Kontrolle ausgeübt werden, daß deren Anwendung nicht garantiert ist.
Das einzige Element, das die Konservativen gerne planen würden, sind die Löhne. Anfang 1962 veröffentlichten sie ein Weißbuch (Darstellung der Regierungspolitik) mit dem Titel „Einkommenspolitik — nächste Maßnahmen", worin eindeutig beabsichtigt war, die Löhne und Gehälter zu kontrollieren. Sie machten den Versuch, sich der Mitarbeit der Gewerkschaften zu versichern, um ihre Lohnbeschränkungspolitik durchführen zu können. Der T.U.C. antwortete auf die Regierungsinitiative mit einer Absage; er war nicht bereit, sich mit ihr in der Lohnkontrolle zu verbünden. Er willigte jedoch ein, Vertreter für den National Economic Development Council (N.E.D.C.) zu benennen, der Vorschläge für die Garantierung konstanter Wachstumsraten in der britischen Industrie ausarbeiten soll.
Der Entschluß des T.U.C., im N.E.D.C. mitzuarbeiten, wurde von der Mehrheit der Gewerkschaften unterstützt. Durch seine Unterstützung des N.E.D.C. wollte der T.U.C. der Kommission eine Chance geben. Die Minderheit der versammelten Gewerkschaften, die eine Mitarbeit ablehnte, bezeichnete den Gedanken als illusorisch, daß die Konservativen auch nur die geringste Absicht hätten, Wirtschaftsplanung durchzuführen.

Der Kongreß 1964

Diese Kontroverse gehört in den Zusammenhang der im Mittelpunkt stehenden Diskussionen, die auf dem T.U.C. 1964 stattfanden — unter dem zentralen Thema der Wirtschaftsplanung und der Einkommenspolitik. Acht Einzelgewerkschaften hatten Resolutionen zur Wirtschaftsplanung und Einkommenspolitik vorgelegt. Die Mehrheit unter ihnen unterstrich die Notwendigkeit effektiver Planung. Einige wandten sich gegen jede Form der Lohnbeschränkung, während andere Klauseln formulierten, die als be-

dingte Unterstützung einer geplanten Einkommenspolitik zu verstehen sind.

Diese bedingte Unterstützung einer geplanten Einkommenspolitik ist deshalb von Bedeutung, weil der Vorstand der Labour Party eine Politik gutgeheißen hat, die geplante Einkommenssteigerungen vorbereiten soll. Das Ziel geplanter Einkommenssteigerungen hat eine ausreichend große Unterstützung durch die Gewerkschaften gefunden. Die Feststellung, daß kaum eine Gewerkschaft versucht hat, eine Darstellung der Konsequenzen in irgendeiner Form zu liefern, ist dabei wichtig.

Auf dem diesjährigen Kongreß kamen jene acht Gewerkschaften überein, einen Kompromißvorschlag in dieser Frage zu unterstützen, der die divergierenden Gesichtspunkte vereinigen sollte. Einige dieser Punkte waren untereinander vereinbar, andere — zumindest nach der Meinung vieler Kommentatoren — in sich widersprüchlich. Der Kompromißvorschlag wurde dem Kongreß vorgelegt und nach einer Diskussion ohne Gegenstimme angenommen.

Der Kompromißvorschlag unterstrich eine Reihe wichtiger Thesen. Allem voran betonte er, daß Wirtschaftsplanung einen bedeutsamen Beitrag zum allgemeinen Wohl leistet. Zweitens stellte er fest, daß die Effektivität ganz gleich welchen Planes für ökonomische Entwicklung sich an der Verbesserung des Lebensstandards, die er bewirkt, messe, ebenso an der Erhöhung der Löhne, seiner Fähigkeit, die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu bannen, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen, und inwieweit er eine gerechtere Verteilung des Sozialproduktes bewirke. An dritter Stelle erkannte der Antrag die Dringlichkeit der Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und einer Labour-Regierung hinsichtlich industrieller Planung im Interesse der Allgemeinheit an. Der Antrag betonte, daß dies Ziel nur auf der Basis einer Vermehrung des Gemeineigentums realisiert werden kann . . .

In seinem Schlußparagraphen geht der Kompromißantrag auf die Möglichkeit einer Einkommenspolitik ein, die die Gewerkschaftsbewegung akzeptieren könnte. Eine derartige Politik müßte sich an sozialer Gerechtigkeit orientieren und alle Formen von Einkommen einschließen, auch Renteneinkommen. Weiterhin müsse eine akzeptable Einkommenspolitik die Ungerechtigkeiten der gegenwärtigen Einkommensstruktur korrigieren. Der Kongreß, so heißt es, „müßte ein eigenes System der Prioritäten aufstellen, mit dem er diese Ziele erreichen will".

Die Diskussion

Die Diskussion dieses Antrags deckte bedeutsame Differenzen in der Orientierung zwischen den Gewerkschaften auf. Einerseits betonte man, daß effektive Wirtschaftsplanung so lange unmöglich sei, als der größte Teil der Industrie Privateigentum bleibt. Die Kapitalfonds würden Projekten zugute kommen, die die höchste Profitrate versprechen, ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse auf nationaler Ebene. Die ertragreichsten Projekte seien nicht notwendig diejenigen, die als sozial besonders dringlich erkannt seien. An diesem Punkt wurde auch unterstrichen, daß es zwei Arten von Eigentum gibt. Einerseits die Löhne und Gehälter für persönliche Arbeit. Andererseits gibt es Renteneinkommen, Zinsen und Profit, die aus dem Eigentum kommen. Es ist irreführend, von Einkommenspolitik zu sprechen, so, als ob alle Formen von Einkommen die gleiche soziale Rechtfertigung hätten. Verbesserung der Reallöhne und -gehälter liefert keine automatische Rechtfertigung für das Anwachsen der Profite. In der Diskussion wurde von einigen Rednern ganz deutlich erklärt, daß sie sich weigern würden, irgend eine Einkommensbeschränkung zu unterstützen, in der nicht andere Elemente, die eine Einkommenspolitik umfaßt, in Rechnung gestellt würden. Zweifel wurden laut gegenüber der Möglichkeit — für eine jede Regierung —, in einer kapitalistischen Wirtschaft ein effektives System von Prioritäten auszuarbeiten. Solange der größte Teil der Industrie für Privatgewinn arbeite, würden die Arbeiter, die in den Fabriken angestellt sind, die hohe Profite erzielen, höhere Löhne fordern.

Ein Redner behauptete, daß, wenn der T.U.C. versuchen würde, den Einzelgewerkschaften ein detailliertes System von Prioritäten aufzuzwingen, der Kongreß gesprengt würde. Die Vertreter der einzelnen Gewerkschaften, so erklärte er, seien ihren Mitgliedern gegenüber verantwortlich, und jede Gewerkschaft würde ihr Verhalten an den optimalen Möglichkeiten für die eigenen Mitglieder orientieren.

Nur ein Redner schien im Verlauf der Diskussion jede Form detaillierter Einkommensplanung zu befürworten. Er meinte, daß es notwendig sei, eine solche Politik zu unterstützen, wenn eine Labour-Regierung gewählt würde. Er bemerkte, daß offensichtliche Disproportionen in der Lohnstruktur der britischen Industrie existierten und daß der Beseitigung derselben Vorrang zukäme.

Schließlich wurde der Antrag ohne Gegenstimme angenommen. Die Differenzen, die sich in der Diskussion gezeigt hatten, drückten sich nicht in der Abstimmung aus. Am Vorabend der Parlamentswahlen legten die Gewerkschaften selbstverständlich Wert darauf, Gemeinsamkeiten herauszustellen, anstatt ihre Differenzen zu unterstreichen.

Hinweis (für eine Labour-Regierung)

Obwohl der vom T.U.C. 1964 angenommene Kompromiß bezüglich Wirtschaftsplanung und Einkommenspolitik offensichtlich gewisse mehrdeutige Formulierungen birgt, stellt er dennoch einen nützlichen Hinweis auf einen Programmtyp dar, dem nach der Ansicht der Gewerkschaftsbewegung eine Labour-Regierung folgen sollte. Er hebt die Notwendigkeit der Planung, Ausweitung des Gemeineigentums, Verbesserung des Lebensstandards und die Forderung nach vom Eingriff der Regierung unabhängigen Tarifverhandlungen hervor.

Das Fazit: Die Gewerkschaften stimmen einer Wirtschaftsplanung hinsichtlich eines höheren Lebensstandards der Arbeitnehmer zu. Sie behalten sich das Recht vor, durch Tarifverhandlungen die Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen; falls die Regierung aber an Hand ihrer Politik beweist, daß sie entschlossen ist, im Interesse der Arbeitnehmer zu handeln, werden die Gewerkschaften zur Mitarbeit an einer Politik der geplanten Einkommenssteigerungen bereit sein.

Jim H. Mortimer

Aus: Revue Internationale du Socialisme, 1ère année numéro 5/6

Die politischen Kräfte Brasiliens

Joaquim da Silveira

1) Was ist Brasilien?

Ein riesiges Land mit 8,513 Millionen qkm bietet ideale Lebensmöglichkeiten für 800 Millionen Menschen. Seine Bevölkerung beträgt zur Zeit nur 75 Millionen, und davon hungern 30 Millionen!

Man spricht gerne von den „zwei Brasilien", vom armen im Raum Nordosten und vom reichen im sogenannten Zentrum und Zentrum-Süden. Im Nordosten ist kaum Industrie vorhanden, während in der Landwirtschaft die Großgrundbesitzer maßgebend sind. Im Zentrum-Süden haben die Industrie, der Handel, die Viehzucht und die Kaffeeerzeugung den Vorrang. Armut und Elend gibt es auch im Zentrum und im Süden, der Unterschied zwischen Großstädten und Land ist in Brasilien frappierend, sei es im reichen Süden oder im armen Nordosten.

Der Unterschied an Reichtum zwischen Norden und Süden führt selbst zu separatistischen Tendenzen, und man erwähnt ab und zu den 15. Breitengrad wie in Korea, um den Forderungen des Nordostens Ausdruck zu verleihen.

2) Die soziale Struktur

Seit 1930 änderte sich wenig an der sozialen Struktur Brasiliens. Auf dem Lande nahm die Zahl der Kleinbauern nur wenig zu. Ein neuer Prozeß der Bodenkonzentration setzte ein. Die Konzentration in der Landwirtschaft war eine Folge der Verarmung der Agrarbourgeoisie durch den Preisverfall von Zucker und Kaffee. Auf politischer Ebene bedeutete diese Verarmung, daß die Politik mehr in den Städten als auf dem Lande entschieden wurde. Der Großgrundbesitzer (Coronel) wurde zu einem „Appendix" der städtischen Politiker. Nur in den größeren Städten begann 1930 ein deutlicher sozialer Differenzierungsprozeß. Das Proletariat wuchs von 800 000 auf 3 Millionen Arbeiter. Dieses Proletariat hat aber keine Ideologie und denkt nicht als Klasse, obwohl es als solche schon handelt. Im Gegensatz zum europäischen Proletariat ist das brasilianische zu neu, ohne jede Tradition und politische Erfahrung.

Die Mittelschichten (freie Berufe, Beamte, Offiziere, die Klein- und Mittelbourgeoisie des Handels und der Industrie) nahmen seit 1930 zahlenmäßig zu, aber nur im Süden sowie im Zentrum-Süden (in den Staaten S. Paulo, Paraná, Santa Catarina, Rio Grande do Sul und Rio de Janeiro). Im Nordosten gab es in diesem Punkt gar keine Änderung: praktisch ist eine Mittelschicht dort nicht vorhanden. Politisch sind diese Mittelschichten recht heterogen, und ihre gemeinsamen Züge sind Unzufriedenheit und demagogischer Nationalismus.

Zur Oberschicht zählt heute noch die Agrarbourgeoisie, die noch heute das Land politisch beherrscht. Sie ist jetzt nicht mehr allein und muß die Macht mit den Industriellen teilen. Die brasilianische Oberschicht, die aus der industriellen Entwicklung entstanden ist, verlor ihre nationalen Merkmale, indem sie sich mit dem ausländischen Kapital verband. Innerhalb der Oberschicht erschienen verschiedene Gruppierungen mit großem politischem Einfluß: die Strohmänner, die brasilianischen Direktoren der ausländischen Industrien und alle, die aus solchen Industrien irgendeinen Profit bekommen. Ein neuer Faktor ist auch das Finanzkapital, immer stärker und einflußreicher durch die Bankkonzentration. Diese Oberschicht versucht seit fast 30 Jahren vergeblich, die politische Macht für sich allein zu bekommen, und seit dem Sturz Goularts hat sie ihr Ziel fast erreicht. Ihre Partei ist die UDN (União Democrática Nacional).

3) Die politische Struktur

Aus dem Dargestellten können wir jetzt zwei Hauptmerkmale der brasilianischen politischen Situation feststellen:

a) Kapitalistische Entwicklung ohne Nationalbourgeoisie. Im Gegensatz zu Ägypten, Indonesien oder Indien, wo das Vorhandensein einer unabhängigen nationalen Bourgeoisie den Kampf um die Unabhängigkeit erlaubte und erleichterte, gibt es in Brasilien eine Bourgeoisie, die mit dem ausländischen Kapital zusammenarbeitet, daraus hohe Profite zieht und nicht an einer ökonomischen Unabhängigkeit Brasiliens interessiert ist.

b) Verschärft sich der Widerspruch zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht, letztere teilweise noch im Besitz der Agrarbourgeoisie, die nicht mit dem ausländischen Kapital verbunden ist. Dieser Widerspruch ist auch durch den Putsch vom März nicht entschärft worden.

Man kann behaupten, daß der fundamentale politische Kampf in Brasilien zwischen diesen Gruppen stattfindet: zwischen den Nationalisten und den Nicht-Nationalisten. Der Kampf um die Petrobrás (staatliche Erdölgesellschaft), um die Eletrobrás (staatliche Energiegesellschaft), sind nur einige Erscheinungen und Ziele dieser Opposition. Und obwohl die Nicht-Nationalisten jetzt an die Macht gekommen sind,

mußten sie zunächst immer noch einen Kompromiß mit den Nationalisten schließen, damit es unter sogenannten demokratischen Spielregeln weitergeht.

4) Die politischen Parteien

Die große Zahl der brasilianischen Parteien bedeutet natürlich nicht, daß es so viele Parteien gibt wie Klassen ohne Schichten. Verschiedene Gruppen derselben Schicht bilden oft mehrere Parteien, die mehr eine Divergenz in der Form der Lösung gemeinsamer Probleme sind als eine Divergenz in den zu erreichenden Zielen. Während einige Gruppen an die Vorteile glauben, mit der Arbeiterklasse zu verhandeln, ziehen andere den Weg der politischen Unterdrückung als einziges Mittel vor, ihre Stellung und ihre Privilegien zu erhalten. In Brasilien gibt es keine Unterschiede im Programm zwischen den verschiedenen politischen Parteien, oder sie sind rein literarischer Natur. Die Parteien drücken sehr selten fundamentale Strömungen der öffentlichen Meinung aus, sie sind vielmehr Instrument der Interessen der Parteidirigenten. Die brasilianischen Parteien befinden sich vollkommen geschieden von den Massen, die selbst am Leben und an der Tätigkeit der Parteien nicht teilnehmen. Diese Massen wählen daher keine Parteien, sondern Namen, was gleichzeitig die unpolitische Haltung der Wähler wie den Mißkredit der Parteien zum Ausdruck bringt. Eine weitere Besonderheit des brasilianischen Parteiwesens ist das Fehlen von Linksparteien.

a) Mehrheitsparteien

Die Namen der Parteien in Brasilien sind vollkommen willkürlich. Worte wie „Arbeiter, Volk, sozial, demokratisch", die die Parteien schmücken, bedeuten vor allem den Aufstieg der Massen, ohne die seit 1930 in Brasilien nicht regiert werden kann.

Der Partido Social Democrático hat keine Beziehung zur Sozialdemokratie und ist die Partei der Agrarbourgeoisie, also besonders konservativ. Der PSD hat die Mehrheit im Kongreß. Durch den Putsch vom März 1964 wurde der PSD gezwungen, mit der UDN die Macht zu teilen, mit der Partei der Industriellen.

Der PSD will die Entwicklung Brasiliens, ohne den Großgrundbesitz zu berühren. Gegenüber dem ausländischen Kapital nimmt er eine dubiose Haltung ein und sucht Kompromisse, weil er ohne geliehenes Geld nicht zu regieren weiß. Politisch steht er im Zentrum, zwischen UDN, also den Rechten, und den „Volksparteien", die ihn nach halblinks schieben wollen.

b) Die „Volksparteien"

Der Partido Social Progressista und der Partido Trabalhista Brasileiro sind Parteien der städtischen Mittelbourgeoisie und eines Teils der industriellen Bourgeoisie, die versuchen, sich auf die Massen zu stützen. Es ist eine Partei der Korruption, und sein Erfolg ist auf bestimmte „Führer" zurückzuführen. Wahlslogan: Stehlt, tut aber was.

Der Partido Trabalhista Brasileiro (Arbeiterpartei Brasiliens) wurde vom ehemaligen Diktator Getúlio Vargas gegründet. Der PTB sucht die Unterstützung der organisierten Massen (vor allem der Gewerkschaften, die die Arbeitnehmer der staatlichen Unternehmen umschließen), während der PSP die Unterstützung der nichtorganisierten Massen sucht. Die Arbeitermassen, obwohl sie politische Fortschritte gemacht haben, befinden sich ohne politische Richtlinien, vor allem nach dem Versagen der brasilianischen kommunistischen Partei. Deshalb sind sie bereit, irgendeiner Partei zu folgen, auch einer bürgerlichen Partei wie der PTB, wenn diese ihre Interessen nur ein wenig verteidigt. Deshalb glaubte der ehemalige Präsident Goulart, weil er Führer des PTB war, im Notfall die Arbeiter hinter sich zu haben.

c) „Die dritte Kraft"

Der Partido Democrata Cristão und der Partido Libertador vertreten ideologisch einen Teil der städtischen Bourgeoisie. Ihre Dirigenten nähren die Illusion, einmal die dritte Kraft werden zu können, entscheidend in den Wahlen, zwischen Mehrheitsparteien und dem Druck der Massen von links.

d) Die União Democrática Nacional

Die UDN, die wir schon mehrmals erwähnten, ist seit 1945 die wahre Opposition in der brasilianischen Politik gewesen. Aber der Hauptunterschied zu den anderen Parteien liegt wohl darin, daß, während die übrigen Parteien die Machtstellung des Partido Social Democrático nicht angreifen, dem sie Unterstützung gewähren gegen bestimmte Schlüsselstellungen, die UDN sich nicht mit Krümeln begnügt: sie will die ganze Macht. Sie verlor 1945, 1950 und 1955 die Wahlen, gewann aber im März 1964 den Putsch. Die UDN vertritt die stärkeren Gruppen des Finanzkapitals, die industrielle Großbourgeoisie, die brasilianischen Direktoren und Manager der ausländischen Industrien. Sie vertritt also die mächtigsten und reichsten Gruppen des Landes. Da sie die Wahlmaschine des Partido Social Democrático auf dem Lande nicht zu zerstören vermochte, mußte sie sich für den Staatsstreich entscheiden.

e) Die Linksparteien

Der Partido Socialista Brasileiro unterscheidet sich praktisch nicht von den bürgerlichen Parteien. Er vertritt gewisse Teile der intellektuellen Mittelschichten, die einen mehr oder weniger vagen Sozialismus wünschen. Seine Politik basiert nicht auf der Arbeiterbewegung.

Der Partido Comunista Brasileiro war schon einmal eine Partei der Arbeiterschaft, aber durch einen Prozeß von Sektierertum und Dogmatismus ist er nicht mehr kommunistisch und vielleicht nicht einmal mehr eine Partei. In der Tat hörte er auf, eine Massenpartei zu sein, um eine Sekte zu werden. Der PCB hatte 1946 200 000 Mitglieder und 5 Tageszeitungen; vor dem Putsch im März hatte er 2000 Mitglieder und eine einzige Wochenzeitung. Der PCB

ist verboten, und zur Zeit werden seine Angehörigen verhaftet und verfolgt.

5) Über Wahlgewohnheiten

Das politische Leben Brasiliens wird durch fehlerhafte Gewohnheiten bestimmt, die ihre Herkunft aus dem zweiten Kaiserreich haben und einer sozial-ökonomischen Struktur entstammen, die einer reichen Minderheit die Beherrschung einer armen Mehrheit ermöglicht hat. In diesem Sinne ist „Personalismus", was nicht ganz „Persönlichkeitskult" bedeutet, sondern die Beeinflussung der Wähler durch die Persönlichkeit oder ökonomische Macht eines Menschen, auch wenn dieser gar kein Programm hat, ein wichtiges Merkmal der brasilianischen politischen Gewohnheiten. Die Namen der Politiker sprechen den Wähler mehr an als die Parteien oder ihre Programme. Im Gegensatz zum Mißkredit der Parteien und der Wahlen überhaupt steht der gesetzliche Zwang des Wählens. Der uninteressierte Wähler gibt seine Stimme dem Abgeordneten, der ihm mehr bezahlt (weil er ohnehin wählen muß). Das ist der Grund, weshalb die Wahlen in Brasilien Sache des Geldes und des persönlichen Einflusses sind. Man hat geschätzt, daß in den Wahlen von 1958 pro Stimme ein Durchschnitt von 50 DM ausgegeben wurde. Die wichtigste Folge dieses Zustandes ist, daß die Zusammensetzung des Kongresses aus UDN-Mitgliedern (Bankiers, Industriellen, Strohmännern des ausländischen Kapitals) und PSD-Kandidaten (Vertreter der Agrarbourgeoisie, von Analphabeten unter der Leitung des Großgrundbesitzers gewählt) besteht. Eine wichtige Folge dieser Tatsache ist, daß jede ausländische Macht mit ökonomischen und politischen Interessen in Brasilien eigene Vertreter im Parlament haben und dadurch die Innenpolitik mitbestimmen kann. Im Falle des Expräsidenten Goulart war die Politik dieser „Vertreter" reine Obstruktion.

6) Die brasilianische Wirtschaft

Brasilien ist ein Entwicklungsland, weil es vorwiegend eine Agrarstruktur hat (mit sehr niedriger Produktivität), ein sehr niedriges Einkommen pro Kopf und unter politischer und wirtschaftlicher Abhängigkeit der reicheren Länder (USA, BRD, GB) steht. Wenn man unter Entwicklung die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung sowie das Auftreten einer starken Mittelschicht, die Liquidierung der feudalen Reste und die Erziehung und Integration der Agrarbevölkerung versteht, dann ist Brasilien noch sehr weit von einem echten Entwicklungsprozeß entfernt. Aber innerhalb und außerhalb Brasiliens findet man eine Art von Propaganda, die glauben machen will, Brasilien entwickle sich im letztlich erwähnten Sinne.

Eines der ausschlaggebenden Merkmale der brasilianischen Wirtschaftsstruktur ist die Koexistenz von verschiedenen Produktionsformen, von der mühsamsten und primitivsten Arbeit bis zu den kompliziertesten Maschinen der modernen Produktionstechnik. Auf sozialer Ebene finden wir die getarnte Sklaverei der Landarbeiter neben dem modernen Fabrikproletariat. Feudale Zustände herrschen im Innern Brasiliens und im ganzen Nordosten. Dieser ist wohl der Hauptwiderspruch der brasilianischen ökonomischen Struktur: auf der einen Seite das hohe Niveau der kapitalistischen Produktionskräfte in einigen Städten und auf der anderen Seite die feudalen Produktionsformen auf dem Lande. Daher die geringe Kaufkraft der Bevölkerung und das Dilemma der Industrie, die zu stagnieren droht, weil sie sich nicht ausdehnen kann.

Der Anteil des Südens am Nationaleinkommen hat zugenommen, während der des Nordostens gesunken ist.

Eines der Hauptmerkmale der Entwicklungsländer liegt in der disproportionalen Verteilung des Nationaleinkommens, das sich in den Händen kleiner Gruppen konzentriert.

Die brasilianische Landwirtschaft, obwohl erste Devisenquelle des Landes (Kaffee, Baumwolle, Wachs etc.), ist unfähig, den eigenen Markt mit Lebensmitteln in ausreichenden Mengen zu versorgen. Die Monokultur sowie die Natur des Großgrundbesitzes und die primitiven Prozese sind daran schuld. Die sogenannte kultivierte oder ausgenutzte Fläche macht 232 Millionen ha aus und stellt nur 27,3% der gesamten Fläche des Landes dar (BRD 79,3%). Aber von den 232 Millionen ha wurden nur 20 Millionen ha wirklich bearbeitet. Aus der Tatsache, daß die brasilianische Landwirtschaft nicht imstande ist, den eigenen Markt zu versorgen, ergibt sich eine Verteuerung der Lebensmittel, die jede Verbesserung des Lebensstandards der armen Bevölkerung unmöglich macht. Die Prozentzahl der landwirtschaftlichen Bevölkerung stieg in absoluten Zahlen. Wir erwähnten am Anfang, daß die Zahl der Kleinbauern sehr wenig zunahm und daß dagegen ein neuer Prozeß der Bodenkonzentration einsetzte.

Bodenkonzentrationsprozeß — Jahr 1950 —
Landwirtschaftliche Betriebe

Größe in ha	Betriebe in %	Kultiv. Fläche %
mehr als 500 ha	3,4%	62,1
weniger als 500 ha	6,6%	38,9

Nicht weniger als 63% der brasilianischen Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, aber von den zehn Millionen Menschen, die in der Landwirtschaft beschäftigt waren, waren nur 18% Eigentümer — 82% waren Landarbeiter oder Pächter.

Tatsächlich hat die brasilianische Wirtschaft die Züge eines halbkolonialen Landes. Es exportiert landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohmaterialien und importiert verarbeitete Produkte, Kohle und Öl. Die Industrialisierung fing angeblich mit dem Ziel an, diesen Zustand zu ändern. Man begrüßte das ausländische Kapital. Die Folgen sind: Einseitige Industrialisierung des Staates S. Paulo, Investitionen auf dem Gebiet der Konsumindustrie ohne Rücksicht auf Planung und die normale Reihenfolge von der Schwer- zur Leichtindustrie und nicht zuletzt massive Kontrolle der brasilianischen Industrie durch das ausländische Kapital.

Anteilnahme des ausländischen Kapitals in der brasilianischen Industrie

Industrie	Ausländisches Kapital in %
Eisen	50
Stahl	80
Zement	63
Gummi	90
Elektrische Energie	72
Öl (nur Verteilung)	100
Medikamente	80
Zigaretten	80

(Quelle: Leôncio Basbaum, op. cit.)

Brasilien hat heute fast ausschließlich nur Industrien, deren Maschinen und Rohstoffe aus dem Ausland kommen müssen, weil Schwerindustrie und Erzeugung von Werkzeugmaschinen die Investitoren nicht interessiert. Die Gewinne liegen so ungewöhnlich hoch, daß Brasilien immer noch ein verlockendes Geschäft für Amerikaner und Deutsche bleibt. Die meisten Gewinne werden reinvestiert, ein Teil davon exportiert. Amtliche brasilianische Angaben für die Jahre 1947 bis 1960 zeigen einen Betrag von 1,814 Milliarden Dollar für amerikanische Investitionen und Anleihen. Der Gewinn- und Zinsanteil dagegen, der von Amerika abgeschöpft werden konnte, betrug 2,459 Milliarden Dollar. Fügt man schätzungsweise 1,022 Milliarden Dollar an „Dienstleistungen" (hauptsächlich heimliche Überschreibungen in die USA) hinzu, so ergibt sich ein totaler Kapitalabfluß von 3,481 Milliarden Dollar, also fast das Doppelte der Investitionen, und ein Nettokapitalabfluß von 1,667 Milliarden Dollar. Dieser Kapitalabfluß aus Brasilien ist keineswegs ein historischer Zufall und auch nicht das Ergebnis lediglich brasilianischer Berechnungen. Eine Studie von der Economic Commission for Latin America (ECLA) zeigt, daß in keinem Jahrzehnt der letzten hundert Jahre Brasilien weniger an Waren und Dienstleistungen ausführte als einführte. Eine Analyse der Gründe dieses Tatbestandes — der Auslandsinvestitionen und der Auslandshilfe überhaupt — wird das Ziel einer anderen Arbeit sein.

7) Abschlußbetrachtung

Die Rolle des Militärs in Brasilien wurde immer als ein Kampf für Verfassung und Legalität dargestellt, weil sie eigentlich selbst nie regiert haben, wie in den meisten anderen südamerikanischen Ländern. Dagegen haben sie sich darauf „beschränkt", zu bestimmen, wer regiert und unter welchen Bedingungen.
Sie haben die Aufgabe, die vorhandene sozialökonomische Struktur mit ihren extremen Klassenunterschieden und der Unterwerfung unter den ausländischen Imperialismus unberührt zu erhalten. In bestimmten politischen und ökonomischen Schlüsselstellungen haben sie für „soziale Mobilität" gesorgt, indem sie talentierten jungen Leuten aus den Mittelschichten zum Aufstieg in die reiche Oberschicht verhalfen. Dadurch konnten die brasilianischen Militärs die Exzesse des spanischen Amerikas vermeiden und erwarben den Ruf von Loyalität für Demokratie und Verfassung. Vor diesem Hintergrund können wir einige Ereignisse verstehen, die sich periodisch seit dem letzten Weltkrieg wiederholen. Als die Prosperität der Kriegszeit in Brasilien vorüber war, begann die halbkoloniale Ökonomie jene zunehmenden Krisen und Spannungen aufzuweisen, die diesem Typ von Gesellschaft eigen sind. Unter diesen Umständen befindet sich das Regime, das sich mit dem Präsidenten identifiziert, vor einem unausweichlichen Dilemma. Wenn er nichts tut, werden die Spannungen und Krisen bis zu explosiven Größen zunehmen. Aber auf der anderen Seite ist die einzige Politik, die einige Hoffnung auf Erfolg mit sich bringt, eine Reformpolitik, die nur auf Kosten der mächtigsten Gruppe, der einheimischen und der ausländischen mit riesigen Interessen am status quo, verwirklicht werden könnte. In dieser Lage kann der Präsident versucht sein, den Weg der Reformen und der nationalen Unabhängigkeit einzuschlagen. Um das zu leisten, müßte er eine neue politische Grundlage suchen, die nur in den armen Massen gefunden werden könnte. Eine strukturelle Reform ist also unzertrennlich von dem, was einer politischen Revolution gleichkommt, beide von der Oligarchie und ihren militärischen Beschützern verflucht. Ein brasilianischer Staatspräsident ist darum das klassische Beispiel von dem, der verdammt ist, wenn er nichts tut, und verdammt, wenn er etwas tut. Wenn er nichts tut, wird er diskreditiert und verliert seine Nützlichkeit für die Oligarchie. Wenn er aber versucht, etwas Effektives zu machen, muß er damit rechnen, von der Oligarchie und den Militärs früher oder später fortgeschickt zu werden. Vargas (gewählt 1950), Quadros (gewählt 1960) und Goulart gerieten alle in diesen Mechanismus, und keiner wurde verschont.

Jânio Quadros wurde 1960 mit großem Abstand vor seinen Konkurrenten gewählt. Quadros wußte, daß er zunächst eine breite politische Unterstützung der Massen brauchte, um überhaupt irgendeinen Fortschritt zu erreichen, und darum fing er an, nicht innere Reformen vorzuschlagen, sondern eine unabhängigere Außenpolitik zu verwirklichen. Das war genug, die Verteidiger und die Nutznießer des status quo zu alarmieren; als er nach der ersten Konferenz von Punta del Este, im Sommer 1961, Che Guevara eine Auszeichnung verlieh, erhoben sie sich gegen ihn wie sieben Jahre früher gegen Präsident Vargas.

Quadros hat im Gegensatz zu Vargas keinen Selbstmord begangen und ist zurückgetreten. Er gab eine Erklärung ab, in der er die reaktionären Innen- und Außenkräfte verurteilte. Diese Erklärung basiert zweifelsohne auf der von Vargas vor dem Selbstmord. Er rechnete mit einer starken Reaktion der Massen auf seinen Rücktritt, so daß die Oligarchie keine andere Wahl haben sollte, als ihm seinen Posten mit einem großen Maß an selbständiger Macht zurückzugeben. Aber für die Massen war Quadros einen Kampf nicht wert.

Goulart als Vizepräsident war der konstitutionelle Nachfolger Quadros'. Um verstehen zu können, was sich hinterher abspielte, müssen wir die Tatsache vor Augen behalten, daß der Ruf der brasilianischen Militärs als verfassungs- und demokratieergeben so sorgfältig kultiviert wird wie der Ruf der Ergebenheit der USA für die Freiheit der Kolonialvölker. In Brasilien wie in vielen anderen kapitalistischen Ländern hat sich der Kult der Demokratie, der Wahlen, der Verfassung etc. als ein wichtiges Werkzeug der ideologischen Mystifikation erwiesen, indem er die Massen daran hindert, die wahren Gründe ihrer Ausbeutung und ihres Elends zu verstehen. Die Militärs hielten sich daher von einer Einmischung in den konstitutionellen Prozeß fern, mindestens solange es keine Übereinstimmung zwischen den Generälen gab, daß Eingreifen nötig wurde. Im Fall Goulart war keine Übereinstimmung vorhanden, und ein Teil der Generäle mißtraute ihm wegen seiner Verbindungen mit Vargas und seines Einflusses in einem Teil der Gewerkschaften. Ein bedeutender Teil hielt ihn für nicht gefährlich. Erst im Januar 1963 konnte Goulart die ganze Macht erlangen, als das Präsidialsystem, das aus Furcht vor ihm in ein Parlamentssystem umgewandelt wurde, durch ein Referendum wieder eingeführt wurde — und er befand sich im bekannten Dilemma. Goulart hat sich aber gefürchtet, die verschiedenen Möglichkeiten anzupacken, die ihm vor und nach dem Erlangen der vollen Macht offenstanden. Er sprach von Reformen, tat aber nichts Ernstes, um sie zu verwirklichen. Anstatt eine echte Massenbewegung zu organisieren, versuchte er die Linke zu beruhigen und die Rechte zu besänftigen. Das Ergebnis war sein Mißkredit; und als die Militärs einen Vorwand zur Intervention hatten, rührte niemand einen Finger, um ihn zu verteidigen.

Aber die wichtigeren Gründe des Putsches im März 1964 waren die Inflation, die Streiks und vor allem, weil sich zum erstenmal in der Geschichte Brasiliens eine ernste Linksbewegung zu entwickeln begann. Diese Bewegung ist teilweise eine Konsequenz der cubanischen Revolution und wurde um so ernster genommen, als danach alle südamerikanischen Oligarchien wahrhaftig hysterische Angst vor linken Bewegungen bekamen. Eine echte Revolutionsführung erschien durch Männer wie Leonel Brizola (Schwager von Goulart), Francisco Julião und Paulo de Tarso, und die Errichtung einer Volksmobilisierungsfront wurde ernsthaft angestrengt. Der letzte Grund des Putsches, der im letzten März Goulart stürzte, eine Welle der Repression in Brasilien auslöste und einer der schändlichsten der Generäle wurde, war die revolutionäre Bewegung der Unteroffiziere, die drohte, das Vertrauen zu den Militärs als Ultimatumswaffe der Reaktion zu unterminieren. Aber dieser Putsch ist anderer Prägung als alle anderen Bewegungen der Militärs gegen Vargas und Quadros. Während die Generäle in der Vergangenheit immer außerhalb der Bühne standen, operierten sie diesmal öffentlich unter der Fahne des Antikommunismus. Die Verfassungsnormen wurden brutal verletzt, und die Verfassung wurde einem sogen. Institutionellen Akt untergeordnet, der eine nackte Diktatur errichtete. Dan Kurzmann berichtete in der Washington Post: „Man schätzt, daß 10 000 Brasilianer verhaftet wurden oder ihre Bürgerrechte verloren haben, nachdem Präsident João Goulart durch das Militär vertrieben wurde."

Die Übernahme der Macht in Brasilien durch die Militärs ist eine allgemeine Erscheinung, die ganz Südamerika betrifft. Wozu die relativ großen Armeen der südamerikanischen Länder? Wozu so viele konventionelle Waffen? Es sieht so aus, als ob Südamerika allmählich von den eigenen Armeen besetzt wird. Eine Erklärung hierfür kann nur in Verbindung mit der politischen Rolle der Vereinigten Staaten, durch die Entwicklungshilfe und die Allianz für den Fortschritt gefunden werden. Das wird aber Gegenstand eines späteren Versuches sein.

Bibliographie:

John J. Johnson — The Military and Society in Latinamerica, Palo Alto, 1964.
Paul A. Baran — The Political Economy of Growth.

Leôncio Basbaum — Caminhos Brasileiros do Desenvolvimento, Sao Paulo, 1960.
Victor Rico Galan — The Brasilian Crisis, The Monthly Review, April 1964.
Anuário Brasil 1960 — Lucas, 1960.
Sérgio Magalhaes — Problemas do Desenvolvimento Económico.
Foreign Capital in Latin America, New York 1955.
Desenvolvimento e Conjuntura, Fev. 1961.
Edwin Lieuwen, Arms and Politics in Latin America, New York 1960
Hispanic American Report, April 1964.

Studien und Materialien zur Soziologie der DDR

Peter Brokmeier

Herausgegeben von Peter Christian Ludz. Köln und Opladen: Westdeutscher Verlag 1964, 540 Seiten, kart. 29,50 DM. Sonderheft 8 der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie.

Westliche Untersuchungen über politische und soziale Phänomene östlicher Gesellschaftssysteme haben sich bisher stets mit Vorliebe solchen Themen zugewandt, die mit der vorgefaßten Konzeption vom „Totalitarismus" nicht kollidierten. Dazu gehören etwa alle mit Herrschaftsaufbau und Herrschaftstechnik zusammenhängenden Fragen. Der vorliegende Sammelband verläßt den gewohnten Bereich der bestenfalls

formal-deskriptiven Betrachtung und intendiert eine „wertfreie" Erforschung der gegebenen gesellschaftlichen Wirklichkeit der DDR, ihrer Funktionsfähigkeit und ihrer immanenten Probleme. Dementsprechend bedienen sich die meisten Autoren einer viel weiterreichenden, nämlich soziologischen Fragestellung, die, ungeachtet ihrer oftmals unterschiedlichen Akzentuierung, vor allem durch den von ihr erhobenen Anspruch gekennzeichnet ist, das Erkenntnisobjekt von seinen eigenen Voraussetzungen her zu analysieren. Es handelt sich demnach um einen „ersten systematischen sozialwissenschaftlichen Ansatz einer Untersuchung der DDR-Gesellschaft" (S. 9). Damit eröffnen sich der herkömmlichen „Ostforschung" neue Möglichkeiten und Perspektiven.

I.

Die Autoren dieses Bandes haben die politische und gesellschaftliche Entwicklung der DDR seit längerer Zeit beobachtet und das Quellenmaterial sowie die für das jeweilige Gebiet einschlägige Spezialliteratur gründlich und detailliert verarbeitet. Insgesamt 14 Beiträge beziehen sich auf fünf ausgewählte zentrale Komplexe: Beruf und Familie; Industrie und Betrieb; Schule, Universität und Forschung; Funktionswandel der Ideologie; Soziologie und Philosophie. Neben Aufsätzen, die mehr auf die Beschreibung eines speziellen Sachverhalts gerichtet sind bzw. darauf, eine These mit entsprechendem Material zu belegen, steht eine größere Anzahl von Arbeiten, die ihren jeweiligen Teilbereich mehr im Sinne einer soziologischen Analyse der DDR-Gesellschaft untersuchen. Zur ersten Gruppe können Beiträge mit folgenden Themen gerechnet werden: die Mitbestimmung im Betrieb, dargestellt anhand der sozialökonomischen Funktion der Produktionsberatungen (Rudolf Becker); die polytechnische Erziehung und die Veränderung ihrer Konzeption seit 1963 (Siegfried Baske); Aspekte der Geschichtswissenschaft (Fritz Kopp); der Funktionswandel ideologischer Begriffe wie Agitation und Propaganda (Elisabeth M. Löckenhoff und W.-D. Belach); die Bedeutung der Kybernetik (J. Wolfgang Görlich); der Funktionswandel der Philosophie, dargestellt anhand einer interpretierenden Bibliographie zur Philosophiegeschichtsschreibung (Hellmuth G. Bütow). In die zweite Gruppe kann man einordnen: die neu sich herausbildende Berufsstruktur und das Arbeitskräfteproblem (Manfred Rexin); Familienpolitik und Familienwirklichkeit (Dietrich Storbeck); Struktur und Aufgaben des FDGB (Hartmut Zimmermann); die Qualifizierung der Frauen (Christine Kulke); die hochschulpolitische Situation (Peter Menke-Glückert); die Organisation der (natur-)wissenschaftlichen Forschung (Arthur M. Hangardt bzw. Renate Rausch); die Bedeutung der Soziologie und empirischen Sozialforschung (Peter Chr. Ludz). Der Band schließt mit einer mustergültig bearbeiteten Bibliographie ab, die hinsichtlich ihres Umfanges (über 1500 Titel) und Auswahlprinzipien in der wissenschaftlichen DDR-Forschung kein Vorbild hat.

Es ist im Rahmen dieser Rezension nicht möglich, jede einzelne Abhandlung ausführlich vorzustellen. Der Verzicht fällt dem Rezensenten um so leichter, als der Herausgeber des Sonderheftes, Peter Christian Ludz (Institut für Politische Wissenschaft an der FU Berlin), eine Einleitung unter dem Titel „Entwurf einer soziologischen Theorie totalitär verfaßter Gesellschaft" geschrieben hat, die programmatisch zusammenfaßt, was ein Teil der übrigen Aufsätze, besonders aus der zweiten Gruppe, anhand aktueller Beispiele zu konkretisieren versucht: Verfahren und inhaltliche Zielsetzung einer Soziologie der DDR. Wegen dieser offenbar wichtigen Funktion des „theoretischen Bezugsrahmens" ist es naheliegend, seine Grundgedanken zunächst in aller Kürze zu referieren. (Vgl. S. 19 ff. und 29 ff.)

II.

In den Mittelpunkt seiner Überlegungen stellt Ludz den Begriff des sozialen Wandels beziehungsweise sozialen Konflikts. Auch eine „totalitär verfaßte" Gesellschaft wie die der DDR ist als „differenziertes industrielles System" einer gesellschaftlich vermittelten Dynamik unterworfen, die ihrerseits ständig von neuem und in den unterschiedlichsten Ausformungen „genuine soziale Konflikte" erzeugt. „Es haben sich neue soziale Strukturelemente mit eigener Schwerkraft durchgesetzt, die längst eine eigene Gesetzlichkeit entwickelt haben" (19). Dadurch wird die Veränderung des Herrschafts- und Gesellschaftssystems mindestens in dem gleichen Maße bewirkt wie durch die von der Parteiführung ausgehenden gesellschaftspolitischen Impulse. Aber auch das ideologische Dogma selbst unterliegt dann einem Wandel, wenn ihm neue Funktionen in der „Industriegesellschaft" zugewiesen werden müssen. Denn die „bis ins letzte gehende Gestaltung sozialer Tatbestände durch den ideologisch-politischen Willen einer Zentralinstanz" mag sich willkürlich realisieren oder nicht — die Zentralinstanz findet eine Grenze ihres Handelns, zu deren Anerkennung sie permanent gezwungen ist: „den Funktionsablauf des bestehenden und vorgegebenen Systems". Es gibt demnach einen objektiven „Zwang zur Funktionstüchtigkeit des Systems". Die systemimmanenten Konflikte sind zwar das Produkt der sozialen Dynamik, gleichzeitig jedoch bilden sie den Kitt des sozialen Gefüges: sie verhindern die „soziale Desintegration" der Gesellschaft. (Bei dieser Begriffsbestimmung benützt Ludz Theoreme der neueren Konflikttheorie besonders amerikanischer Soziologen unter Abgrenzung vom Dahrendorfschen Konfliktbegriff, da er L. „zu weit gefaßt zu sein" scheint. Vgl. S. 22 sowie Anm. 31.) Allgemein kann von einem „strukturellen Konflikt zwischen neuen Verhaltensformen, traditionellen und von der Partei propagierten Normen" gesprochen werden. Insofern dieser Konflikt in den Verhaltensweisen der Individuen zum Tragen kommt, können die dabei auftretenden vielfältigen Friktionen als „Rollen- und Normenkonflikte" bezeichnet werden. Die Durchsetzung des neuen Normen-(oder Wert-)Systems bringt

es mit sich, daß „der einzelne in der DDR-Gesellschaft . . . mit Rollenangeboten, ja Rollenzwängen überhäuft (wird)", die insgesamt das Ziel haben, auf dem Wege der „Synchronisierung der Verhaltensweisen" die „Soll-Ansprüche der Partei . . . zu inneren Verpflichtungen (umzuwandeln)". Dabei hat „das zur Leerformel tendierende ideologische Dogma" eine eminent wichtige Funktion zu erfüllen, z. B. „als Kanon von Geboten und Verboten". Ludz geht noch einen Schritt weiter und formuliert die Hypothese: „Der Leerformelcharakter von Ideologie wird zum konstitutiven Element ihres Funktionswandels und damit der Funktionsfähigkeit der Gesellschaft selbst."

Diese Erwägungen werden einmal durch illustrative Beispiele ergänzt, und zwar durch eine Beschreibung von Normen- und Rollenkonflikten der Parteifunktionäre, dann des Aufbaus einer typischen „Leerformel", nämlich der Arbeitsmoral; es folgt eine Analyse des sozialen Wandels am Beispiel der LPG, wobei die dort auftretenden „Rollenzwänge" besonders berücksichtigt werden; schließlich wird das Verhältnis von „Normenzwang" und einer institutionellen „Gruppenöffentlichkeit" behandelt.

Die soziologische Analyse kann aber andererseits soziale Strukturen eines bolschewistischen Gesellschaftssystems nur dann adäquat erfassen, wenn sie außerdem dessen historischen Ursprung reflektiert. (Vgl. S. 23 ff. Damit ist es auch zugleich möglich, das Handikap, keine direkten empirischen Erhebungen vornehmen zu können, zu umgehen.) Neben den bisher erwähnten „genuinen sozialen Konflikten" ist ein „Grundkonflikt" zu berücksichtigen, der jeder östlichen Gesellschaftsordnung immanent ist. Er entstand als grundlegende „Dichotomie" von Ideologie und Organisation (Spontaneität und Bewußtsein) in den „sozialmarginalen Gruppen" — ein von Ludz eingeführter Begriff —, d. h. in den am Rande der Gesellschaft stehenden „Vorläufergruppen" der kommunistischen Parteien, unter denen Ludz besonders die „für die Entstehungsgeschichte totalitärer Parteien relevanten politischen Geheimbünde" (Anm. 38) versteht. Dieser „fundamentale Konflikt" ist bis in die Gegenwart tradiert und schließlich auf die Gesamtgesellschaft übertragen worden, woraus sich wiederum neue Friktionen ergeben. Weiterhin sind die Genesis solcher Gruppen und der Leerformelcharakter der kodifizierten „Vergegenständlichung von Selbst und Welt" zwei Seiten ein und derselben Sache: das Bewußtsein einer revolutionären Gruppe kann sich selbst nicht anders als in Gestalt einer Ideologie bilden; andernfalls hätte sie ihre „Grenzsituation" durchbrochen. (Durchaus folgerichtig ist denn auch von „marxistischer" oder gar „Marxscher Ideologie" die Rede.)

Ohne den Zusammenhang von leerformelhaften Elementen der bestehenden Ideologie mit ihrem Ursprung in jenen sozial-marginalen Gruppen von vornherein in Frage stellen zu wollen, sind doch an dieser Stelle einige Bedenken anzumelden. Zwar erscheint die Einbeziehung der historischen Dimension in eine soziologische Theorie z. B. der Sowjetgesellschaft zwecks „Erweiterung des der empirischen Kontrolle zugänglichen Materials" — und darauf kommt es Ludz allem Anschein nach an — als ein dringend notwendiges Postulat. Es müßte also ein historisches „Kontinuum von der empirisch kontrollierbaren Gegenwart in die Vergangenheit" aufgestellt werden. Offensichtlich macht Ludz diesen Versuch, und zwar am Beispiel seiner Theorie sozial-marginaler Gruppen. Sofern er jedoch beim „Rekurs auf den historischen Ursprung" ausschließlich die in der Tat eigentümliche (und noch weitgehend unerforschte) Randsituation der Vorläufergruppen samt ihren Nachfolgeorganisationen und ihren immanenten Zwang zur Ideologiebildung im Auge hat, scheint mir gerade das eingetreten zu sein, was doch vermieden werden sollte: eine Verengung der historischen Dimension. Denn die Aufstellung des Kontinuums scheint so radikal vorgenommen zu werden, daß die Singularität der konkreten geschichtlichen Erscheinung — hier: des Stalinismus — dabei auf der Strecke zu bleiben droht. So hat, um bei dem Beispiel der SU zu bleiben, die „sozial-marginale Gruppe der Bolschewiki" die Macht eben nicht nur „mit Hilfe einer speziellen Fassung der marxistischen Ideologie ergriffen", sondern von mindestens ebenso großer Bedeutung für diese Machtergreifung war die davon unabhängig gegebene, im geschichtlichen Prozeß sich objektiv herausbildende revolutionäre Situation des Jahres 1917.

III.

Auch zum weiter oben skizzierten konflikttheoretischen Ansatz können nach Auffassung des Rezensenten einige kritische Anmerkungen gemacht werden. Zuvor seien aber andere Implikationen dieser Forschungsmethode in zwei Punkten hervorgehoben. Sie sind von weittragender Bedeutung:

a) Die herrschende Vorstellung von der sogenannten „SBZ" wird in dem Maße demontiert, wie das ihr zugrundeliegende reale Substrat als eine gegebene und sich „revolutionär" umgestaltende Gesellschaftsformation betrachtet wird, die, wenn überhaupt, nur auf Grund ihres eigenen Selbstverständnisses und der vorhandenen empirischen Daten und Fakten untersucht werden kann. Die von Ludz und den meisten anderen Autoren vorgetragene Analyse bewirkt daher alles andere — nur nicht eine Stützung etwa der Auffassung, daß in der DDR nichts als Terror und Willkür am Werke seien. Wenn z. B. vermittels einer soziologischen Fragestellung nachgewiesen wird, daß die Meinung, die SED-Politik „sei grundsätzlich familienzerstörend", ein unhaltbares Vorurteil ist (Dietrich Storbeck, S. 106 ff.); oder daß die „Kennzeichnung des FDGB als Staatsgewerkschaft" sachlich falsch ist (Hartmut Zimmermann, S. 123 f. und 142, Anm. 38); oder daß von der „Vergrößerung des Wissenschaftsapparates . . . die Tendenz von Wissenschaft und Forschung, bestimmten systemindifferenten Sachzwängen zu folgen", nicht berührt wird, weshalb der potentielle Konflikt mit den dogmatisch gesetzten Normen freilich „eher gestärkt als geschwächt" wird

(Peter Menke-Glückert, S. 230) — dann stoßen mit solchen Sachaussagen konfrontierte und in der Bundesrepublik regierungs- und parteioffiziell vertretene Denkschemata gleichsam ins Leere. Dem entspricht das Bemühen der meisten Autoren, die Frage nach der politischen Legitimität des Herrschaftssystems entweder als solche ganz auszuklammern oder seine innere Stabilität implizit durch Darstellung des Sachverhalts zu dokumentieren oder doch zumindest die Möglichkeit einer Beantwortung dieser Frage auf ein Minimum zu reduzieren. Indem seine Fronten unterlaufen werden, wird auf diese Weise der Kalte Krieg aus dem Buch verbannt; dadurch erhält es eine politische Funktion, deren Bedeutung auf der Hand liegt. Sie kommt vielleicht am stärksten im zweiten Aufsatz des Herausgebers zum Ausdruck, der dem „Programm, organisatorischen Aufbau, Kategorien und Methoden der Soziologie und empirischen Sozialforschung in der DDR" (S. 396) gewidmet ist. In dieser umfangreichen und außerordentlich gründlichen, kritisch informierenden Arbeit kommt Ludz u. a. zu dem Ergebnis, daß die Möglichkeit einer Emanzipation der Soziologie „von ihrer ideologisch-dogmatischen Grundlage" auf Grund bestimmter Ansätze in der jüngsten Zeit tendenziell vorhanden zu sein scheint, auch wenn sie jetzt (noch) weit eher als Herrschaftsinstrument der Parteiführung anzusehen ist. Aber m. E. genügt schon die begründete Aussicht auf die Entfaltung einer an den Erfordernissen der Selbstaufklärung orientierten Soziologie, um den oben angedeuteten Vorstellungen über die DDR künftig den Boden zu entziehen.

b) Daß nach alledem Konzeption und Begriff des „Totalitarismus" unbrauchbar werden, ist so gut wie evident. Tatsächlich leitet der Herausgeber des Bandes seinen theoretischen „Entwurf" mit einer so fundierten Kritik am gängigen Totalitarismusbegriff ein, daß im Ernst gefragt werden muß, ob man diesen Begriff in der wissenschaftlichen Diskussion noch weiterhin wird verwenden dürfen, ohne sich dem Verdacht auszusetzen, die „eigene politisch-soziale Situation zu verhüllen" (S. 16). „Sozialer Wandel" und reale „Konflikte" in der hochindustrialisierten Gesellschaft sind „mit dem klassischen Begriff des Totalitarismus . . . nicht mehr adäquat zu erfassen" (S. 20) — einem Begriff, dem umgekehrt „die Vorstellung der monolithischen Partei, die über der Sozialstruktur liegt und sie gleichsam allmählich ‚erdrückt'" (S. 21), zugrunde lag und der deshalb über die These von der sich ständig erneuernden „Revolution von oben" (Richard Löwenthal u. a.) gar nicht hinauskommen konnte. Allerdings zieht Ludz selbst nicht die Konsequenzen aus seiner eigenen Argumentation; er spricht lediglich von einer „Erweiterung" der Konzeption von Totalitarismus (S. 21) und gebraucht selber, wenn auch in abgewandelter Bedeutung, diesen Terminus. Dennoch genügen die gegen ihn gerichteten Argumente vollauf, um ihn endgültig ad acta zu legen. Daher macht Ludz auch den Vorschlag, statt dessen den Begriff der „autoritären Partei" (Verfassung, Kontrolle usw.) zu verwenden. „ . . . Autoritarismus (kann) unter Berücksichtigung der integrierenden Funktion sozialer Konflikte auf der Grundlage einer wechselseitigen Anpassung von Partei und Gesellschaft verstanden werden. Diese Anpassung wird durch ein autoritär-pragmatisches Verhalten der Partei erleichtert." (S. 52, Anm. 30.)

Die politische Relevanz dieser Ausführungen ist beträchtlich angesichts der verschleiernden Funktion, die der Totalitarismusbegriff als Herzstück des antikommunistischen Vorurteils im Westen hatte und wohl auch, in abgeschwächter Form, weiterhin haben wird. Sie ist womöglich noch größer und eindeutiger als in dem unter a) beschriebenen Fall; denn mit rationalen Gründen wird der Zerstörung dieses Tabus nur noch schwerlich beizukommen sein.

IV.

Aus der These, daß dank ihres „intentional-utopisch" ausgerichteten Bewußtseins jede sozial-revolutionäre Gruppe (Partei) gezwungen ist, eine geschlossene kodifizierte Ideologie auszubilden, die nach Konsolidierung der Herrschaft allenfalls mit pragmatischen Elementen angereichert werden kann, resultiert das Verständnis von immanenter Kritik, wie es fast alle Analysen dieses Bandes voraussetzen: sie bezieht sich ausschließlich auf die Ideologie des Marxismus-Leninismus (unter Berücksichtigung ihres feststellbaren „Funktionswandels"). Obwohl Geschichte und gegenwärtige Situation diesem Verfahren weitgehend recht zu geben scheinen, vermag der Rezensent ihm und seiner Prämisse nicht zu folgen. Eine Analyse, die sich nicht mit der Feststellung von Gegebenheiten und nur deren eigenen Entwicklungstendenzen zufriedengibt, hätte den Forschungsprozeß im Sinne einer weitergreifenden „immanenten Kritik" voranzutreiben. (Nur ein Autor, Manfred Rexin, versucht in seiner Arbeit diesen Weg zu gehen. Leider hat er das Problem der Vermittlung der Marxschen Theorie mit dem Gegenstand der Analyse nicht korrekt gestellt und deshalb nur unzureichend bewältigen können.) Sie hätte k r i t i s c h die Frage nach dem I n h a l t und der historischen Perspektive der gesellschaftlichen Umgestaltung in der DDR zu stellen. Um darauf antworten zu können, müßte sie, um nur die Hauptsache zu nennen, den möglicherweise vorhandenen Prozeß der Demokratisierung in der DDR-Gesellschaft am Demokratiebegriff jener Theorie messen, in deren Namen die SED-Führung tagtäglich zu sprechen vorgibt. Das Ergebnis einer solchen kritischen Analyse würde daraufhin zu überprüfen sein, ob sich in der objektiven Entwicklung dieser Gesellschaft qualitativ neue Prinzipien durchgesetzt oder ob sich jene Prinzipien erhalten haben, die in der Tradition eines bornierten Radikalismus stehen, der die Problematik des Verhältnisses von Reform und Revolution einseitig-undialektisch zugunsten einer mehrfach mystifizierten „Revolution" entschieden und damit verzerrt hat — oder ob schließlich, was man vermuten darf, beide Tendenzen sich zu einer widerspruchsvollen Synthese vereinigt haben.

In diesen Zusammenhang würde eine kritische Erörterung des Begriffs der „modernen Industriegesellschaft“ gehören. Einige Autoren sowie der Herausgeber unseres Bandes verwenden ihn vor allem zum Zwecke der Differenzierung bzw. Aufhebung des Totalitarismusbegriffes; zugleich zielt er aber auf die Erfassung einer konvergierenden Entwicklung von West und Ost ab. (Vgl. etwa S. 82, 162 oder 232.) So gibt es auch in der DDR die „sachlichen Zwänge einer sich entwickelnden Industriegesellschaft“ (S. 213).

So wenig die Existenz solcher Zwänge und ihre politische Bedeutung in Abrede gestellt werden kann (was lächerlich wäre), so sehr offenbart der Modus ihrer begrifflichen Verwendung in den vorgelegten Untersuchungen deren formalen Charakter, der sich nolens volens durch die Hintertür wieder einschleicht. Eine soziologische Theorie, die die gesellschaftliche Struktur und ihre Wandlungen in den Griff zu bekommen sucht, indem sie diese in ein vielfältiges Geflecht von sozialen Konflikten und individuellen Verhaltensweisen auflöst, um dann aber dabei stehen zu bleiben, muß zwangsläufig darauf verzichten, etwas über den geschichtlichen Horizont dieser Strukturwandlungen auszusagen. Er gerät nicht in das Blickfeld des Betrachters. Der materielle gesellschaftliche Prozeß wird „nur“ in seinen Formen (Erscheinungen) und darüber hinaus „nur“ in seinem faktischen Funktionsablauf konstatiert; die dabei gewonnenen Untersuchungsergebnisse mögen bedeutungsvoll genug sein; dennoch ist das empirische Material dann zwar katalogisiert, aber nicht im strengen Sinne aufgeschlossen worden.

Daher die Beobachtungen über parallele Trends der „industriellen Gesellschaft“ — über deren Qualität im Falle der DDR jedoch schlechthin nichts auszumachen ist; obwohl „als . . . ‚geronnener Geist‘ die Maschine n i c h t n e u t r a l (ist): technische Vernunft ist die jeweils herrschende gesellschaftliche Vernunft: sie kann in ihrer Struktur selbst verändert werden. Als technische Vernunft kann sie nur zur Technik der Befreiung gemacht werden.“ (Herbert Marcuse, in seinem Referat zum dritten Hauptthema des 15. Deutschen Soziologentages 1964.)

Hier zeigen sich die Grenzen der Methode — die doch gleichzeitig, wie wir gesehen haben, so geeignet ist, östliche Gesellschaftssysteme einer realistischeren Betrachtung zu unterziehen als es bisher geschah, und somit dazu beizutragen, die verfestigten Denkstrukturen des Antikommunismus auszuhöhlen. Deshalb sollte auch eine Kritik, die vom Standpunkt einer dialektisch-historischen Theorie der Gesellschaft argumentiert, den Eigenwert dieser „Studien und Materialien“ nicht verkennen, sondern umgekehrt auf ihre heuristisch fruchtbare Bedeutung hinweisen. Denn ihr ist es — bei aller Einschränkung — zu verdanken, daß zukünftige Überlegungen und Analysen von den Ergebnissen der hier geleisteten Pionierarbeit mindestens teilweise werden ausgehen müssen, wenn das Studium der Probleme der DDR sinnvoll betrieben werden soll.

Das Dilemma von C. Wright Mills

Michael Vester

Die Schadenfreude, mit der in diesen Wochen die SPD darauf hinweist, daß es in der CDU/CSU noch Diskussionen gibt, zeigt, daß die SPD mit der Zeit geht. Politik ohne Verantwortung ist Politik ohne Öffentlichkeit, deren Rechte in der Akklamation sich erschöpfen; da Alternativen nicht mehr geboten sind, heißt es, sie wären nicht gefragt. Während Macht unzugänglich und in den Händen weniger zentralisiert ist, ziehen die Ohnmächtigen sich in eine präfabrizierte Privatheit zurück: Probleme werden nicht mehr als öffentliche, politische begriffen. Die Vermittlung zwischen beiden wiederherzustellen, wäre Aufgabe der Intelligentsia in der Wissenschaft, der Verwaltung und der Meinungsindustrie; die Instrumente jedoch, mit denen sie ihr Publikum erreichen könnten, werden ihrer Kontrolle zunehmend entzogen. Auf dem deutschen Büchermarkt suchen zwei Bücher ihr Publikum, die solche Tendenzen, die freilich noch nicht volle Wirklichkeit sind, erklären wollen:

C. Wright Mills, Die amerikanische Elite, übertragen von Hans Stern, Holsten-Verlag, Hamburg 1962, DM 19,80

C. Wright Mills, Kritik der soziologischen Denkweise, übersetzt von Dr. Albrecht Kruse, Luchterhand, Neuwied 1963, DM 14,— (broschiert)

Ihre Chancen, wie in den USA zu Bestsellern zu werden, verdirbt die schlechte Edierung: während Kruse, wie Dahrendorf in der „Welt“ und Helbich in der „Zeit“ bereits aufgezeigt haben, ungeschickt und oft unkorrekt übersetzt, läßt Stern theoretisch anspruchsvolle Passagen häufig aus. Die Titel beider Werke — „The Power Elite“ und „The Sociological Imagination“ — sind lahm übersetzt; die Vornamen Mills' sind im zweiten Buch weder auf der Titelseite noch in der ausgezeichneten Einleitung von Norman Birnbaum richtig geschrieben.

Nach Mills liegen die gesamtgesellschaftlich relevanten Entscheidungen in Amerika in den Händen einer Machtelite politischer, militärischer und wirtschaftlicher Machthaber. Macht ist somit freilich nicht personalisiert, sondern in strukturell vorgegebenen Institutionen lokalisiert. Der Machtelite untergeordnet ist ein Mittelbereich „pluralisti-

scher" Kräfte, deren Auseinandersetzungen zwar Journalisten und Sozialwissenschaft stark beschäftigen, aber für die gesamtgesellschaftlich relevanten Entscheidungen keine unmittelbare Bedeutung haben. Diesen Bereich sollte einst die klassische bürgerliche Öffentlichkeit darstellen, die die Meinungen der einzelnen Bürger organisierte und so zum Medium ihres Einflusses auf die höchsten Entscheidungen wurde. Indem die Strukturen der Interessenverbände und Parteien bürokratisch-oligarchischen Charakter annahmen, verselbständigten sie sich gegenüber der Bevölkerung; ihre Interessen setzen sie nicht mehr öffentlich durch, sondern durch die Exekutive selbst, mit der sie durch vielfache Verschränkungen verbunden sind und an die die Macht der Legislative übergegangen ist.

Der Konzeption der Machtelite entspricht die der Massengesellschaft; deren atomisierte und apathische Verfassung ist Resultat ihrer objektiven Ohnmacht, der sehr inhomogenen Beschäftigungsstruktur vor allem im Bereich des neuen Mittelstandes und des Einflusses des „kulturellen Apparats", des Erziehungssystems und der Massenmedien. Die politische Macht sozialer Schichten hängt nach Mills von drei Faktoren ab: 1. von der Homogenität ihrer Berufs-, Klassen- und Statusstruktur; 2. von ihrer Mentalität, die durch persönliche Kommunikation — eine primäre Öffentlichkeit — und die formellen Massenmedien bestimmt wird; 3. von ihrer Organisation und von einer artikulierten Strategie, die ihnen von Intellektuellen in der persönlichen und formellen Kommunikation vermittelt werden kann. Die Inhomogenität der objektiven Sozialstruktur, die Zerstörung der primären Öffentlichkeit und die Erzeugung unkritischer Charakterdispositionen durch die Massenmedien und die Integration der Interessenorganisationen sind nach Mills die Grundlagen der Massengesellschaft.

Nur wenige Rezensenten haben erkannt, daß die Hoffnungslosigkeit der Millsschen Theorie von der Verteilung der Macht sich einer Zwiespältigkeit im theoretischen Ansatz von Mills verdankt. In seinem expliziten soziologischen und sozialpsychologischen Begriffsapparat begreift Mills die Gesellschaft letztlich als nicht-antagonistisch, in seinen konkreten Analysen wie in seiner moralischen Bewertung geht er von Antagonismen aus.

Die Grenzen der Macht liegen nicht in ihren Zwecken, die von gesamtgesellschaftlichen Verhältnissen, beispielsweise von Produktionsverhältnissen, vorgegeben sind, sondern in ihren Mitteln: Zwecke „sind oft nichts als Hoffnungen, aber die Mittel sind real und unterliegen menschlicher Kontrolle. Daher wird der Besitz von Machtmitteln für die Elite, die über sie verfügt, zum Selbstzweck. Folglich können wir die Machtelite nach den von ihr beherrschten Machtmitteln definieren: als diejenigen, die die Führungsstellen besetzt haben" (S. 39). Macht wird aus ihren Mitteln selbst, tautologisch, definiert (vgl. S. 193f, S. 299). Macht wird zur Allmacht, wenn Mills weiter folgert: „Die moderne Elite ist weit davon entfernt, von der Struktur bestimmter Institutionen abhängig zu sein. Vielmehr kann sie eine vorhandene Struktur zerstören und eine neue an ihre Stelle setzen, in der sie dann ganz andere, neue Rollen übernimmt." (40)

Den Gesellschaftsbegriff, der diesen Folgerungen zugrundeliegt, hat Mills 1952 zusammen mit dem von Mannheim und Weber beeinflußten Hans Gerth in dem Buche „Character and Social Structure"[1]) dargelegt: die Sozialstruktur ist danach ein Kompositum von Institutionen (ibid., S. 14, 27, 30), welche, ähnlich wie bei Weber und Parsons, als Organisationen sozialer Rollen um Führerrollen herum begriffen werden (ibid., S. 13, 22f). Die Institutionen erscheinen als die „Grundeinheiten" (399), aus denen die gesellschaftliche Totalität jeweils nachträglich zusammenzuaddieren ist; sie sind „so zu klassifizieren, daß sie uns zur Konstruktion von Typen von Sozialstrukturen befähigen" (23). Die gesellschaftlichen Phänomene werden, wie schon bei Spencer, den „institutionellen Ordnungen" des Staates, des Militärs, der Wirtschaft, der Familie oder der Religion zugeordnet. Die Zwecke dieser Ordnungen weisen zwar über diese hinaus, auf ein System; doch dieses ergibt sich erst nachträglich daraus, daß die mächtigsten Institutionen die übrigen zu Mitteln ihrer Zwecke machen. Welche Institution jeweils die Gesellschaft beherrscht, ist eine „empirisch offene Frage" (402), da jede der fünf Ordnungen dazu imstande ist (27, 31, 377). Die Definition der Institutionen als Instrumente der Integration ihrer Mitglieder und anderer Institutionen weist die aus ihnen addierte Gesellschaft als statische aus. Wandel ist ihrem Begriff nicht immanent, sondern Residualkategorie: Anomie (430); in sozialen Übergangsphasen „verlieren ältere institutionelle Ordnungen ... die Kontrolle über ihre Mitglieder" (429); indem sie desintegrieren, wenden sich ihre Mitglieder neuen Loyalitäten zu.

Statik und Dynamik sind bei Mills nicht als widersprüchliche Momente derselben gesellschaftlichen Totalität begriffen, die ihre Einheit eben daran hätte, daß sie durch ihre Gegensätzlichkeit, als antagonistische, zusammenhängt.[2]) Sozialstrukturen sind bei Mills „statisch oder dynamisch" (31), aber nicht beides zugleich; Dynamik ist letztlich nichts als Formenwandel der Statik: „Die Weise historischen Wandels, die für eine gegebene Epoche charakteristisch ist, wird daher mehr oder weniger eine Schlußfolgerung aus den in der von uns untersuchten Sozialstruktur vorherrschenden Integrationstypen sein." (404) Integration wird nicht aus ihrem Korrelativ, disruptiven Kräften, erklärt, Herrschaft nicht aus dem, das sie zu bändigen hat. Wenn die Basis institutioneller Macht in ihren Mitteln allein liegt, wenn diese Mittel nicht an ein gesamtgesellschaftliches Integrationsprinzip gebunden sind, dann schreibt Mills der Machtelite mit Recht Willkür und Unabhängigkeit von der kapitalistischen Oberklasse zu.

Die konkrete Analyse Mills' stützt nicht unbedingt seine These von der prinzipiellen Unabhängigkeit der drei Machteliten voneinander und von der Gesellschaft. Die kapitalistische Oberklasse, der Mills immerhin zwei Fünftel seines

Buches widmet, hat zentrale Bedeutung: durch informelle Kommunikationen und ein eigenes Erziehungssystem prägt sie einen Menschentyp mit einem artikulierten Oberklassenbewußtsein, aus denen sich die Machtelite rekrutiert. Daß die politische Elite ihre Autonomie an die beiden anderen Eliten verloren hat, gibt Mills offen zu. Mills betont weiterhin, daß das Militär seinen politischen Einfluß nicht usurpiert, sondern erst auf Wunsch der Politiker und der Großindustrie erhalten habe. Aus dem empirischen Material geht weiterhin hervor, daß die militärischen Definitionen der innen- und außenpolitischen Realität ihre Grenzen am Risiko eines Weltkrieges und innerer Unruhen haben. Die Prognose einer Militärdiktatur rührt daher, daß Mills einzig die Größe militärischer Machtmittel, nicht aber ihre Funktion, die sie an die gesamtkapitalistischen Interessen bindet, betrachtet.

Die Theorie Mills' gleicht zwar äußerlich den klassischen Elitetheorien, nach denen die Macht der Elite aus ihren Machtmitteln definiert wird. Mills' Kategorien entstammen jedoch der Neumannschen Analyse des Nationalsozialismus[3]), die diese Macht aus Klassenverhältnissen ableitete und zugleich ihre relative Verselbständigung konstatierte. Dieses letzte historische Beispiel einer makabren Autonomie institutioneller Machtmittel, deren Terror schließlich zu einem unkontrollierbaren und unerwünschten Risiko großkapitalistischer Interessen wurde, versucht Mills auf die amerikanische Gesellschaft zu übertragen. Er übersieht dabei, daß die nachfaschistischen Machteliten, durch böse Erfahrungen gewitzt, heute nichtterroristische Herrschaftsmethoden und eine stärkere Kontrolle der nach Selbständigkeit strebenden Machtmittel vorzuziehen scheinen. Anders wäre kaum zu erklären, warum Männer wie McArthur, McCarthy, Goldwater und in einem gewissen Sinne auch Dulles ihren Kredit verloren.

Mills ist jedoch außerstande, dieses begrifflich zu fassen: daß das Militär und der Staat dem Scheine nach autonom sein müssen, um ihre ökonomisch und ideologisch stabilisierende Funktion erfüllen zu können; diese Autonomie ist zugleich Moment der Wirklichkeit, indem immer wieder Teile des Militärs nach einer selbständigen Politik streben. Mills kann Autonomie und Determination nur als Alternativen und nicht als begriffliche Einheit fassen, weil er Marx mit den Augen Max Webers sieht: ökonomischer Determinismus wird so verstanden, daß die ökonomische Oberklasse den Staat und das Militär mit der Hilfe unmittelbarer institutioneller Kontrollen kommandiert (S. 309). Die Schwäche des institutionellen Machtbegriffs ist, daß er nur manifeste, in Institutionen organisierte Macht erfassen kann; ihre Erklärung aus gesamtgesellschaftlichen Widersprüchen ist für Mills „Metaphysik"[4]). Widerstand gegen Repression existiert für ihn daher auch nur in Institutionen; wenn Alternativen nicht mehr institutionell, in sozialistischen Massenorganisationen, explizit sind, dann ist auch die Gesellschaft nicht mehr antagonistisch organisiert.

Dafür bürgt auch Mills' Theorie des sozialen Wandels: Agenturen des Wandels sind für Mills weniger die Objekte als die Instrumente der Repression, weniger die ökonomisch Abhängigen als die Intellektuellen, die den Herrschenden sich dienstbar gemacht haben. Obschon Mills die Intellektuellen einmal als „unmittelbare Agentur historischen Wandels"[5]) bezeichnet hat, weiß er, daß sie ihre Aufgabe, Demokratie durch die Aufdeckung des Zusammenhangs zwischen privaten und öffentlichen Problemen wiederherzustellen, nur mittelbar erfüllen können: zusammen mit Parteien und sozialen Bewegungen in einer wiederbelebten Öffentlichkeit[6]). Schriftsteller, Journalisten, Kulturkritiker und Künstler sind diesem Ideal, der „soziologischen Phantasie", heute näher als die Sozialwissenschaft selbst, mit der Mills in der „Kritik der soziologischen Denkweise" ins Gericht geht.

Die eine Richtung, die in Talcott Parsons personifizierte „Große Theorie" des Funktionalismus, verliert sich in der Konstruktion abstrakter Begriffssysteme, die den Zugang zur lebendigen Erfahrung (S. 74) und zu den Problemen der Macht und des sozialen Wandels (84) versperrt. Die andere Richtung, der in Paul F. Lazarsfeld personifizierte „abstrakte Empirismus" der Positivisten, fetischisiert statt dessen die empirischen Methoden, so daß sie den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht. Die erste Richtung rechtfertigt die Machtelite als „notwendig"; die zweite stellt ihr, als eine „research bureaucracy", effektivere Sozialtechniken zur Verfügung. Freilich gibt es auch Gegenbeispiele: die Abschiedsadresse Präsident Eisenhowers, in der vor den Gefahren des „militärisch-industriellen Komplexes" für die Demokratie gewarnt wurde, ist von einem Mills-Anhänger geschrieben worden, von dem Politik-Professor Robert Moos an der John Hopkins University. Mit Recht haben selbst die sozialistischen Rezensenten darauf verwiesen, daß Mills mit dem scharfen Blick des Außenseiters zwar die Hauptübel adäquat diagnostiziert, aber die Wirkung dieser Extreme überschätzt; nicht nur sind aus beiden Schulen fruchtbare Arbeiten hervorgegangen, sondern es scheint sich auch eine dritte, kritische Richtung zu etablieren — wie die jüngst erschienene Mills-Festschrift mit dem programmatischen Titel „The New Sociology"[7]) dokumentiert.

Diese dritte Richtung ist gerade deswegen problematisch, weil sie dem Weg folgt, den Mills ihr in der „Kritik der soziologischen Denkweise" als Alternative vorzeichnet: der „klassischen Tradition" der Soziologie (S. 61). Eine kritische Soziologie soll nach Mills 1. die gesellschaftliche Totalität und 2. ihre Geschichte sowie 3. ihre Wirkung auf die Individuen reflektieren (S. 43). Mit der Kategorie „klassische Soziologie" deckt Mills jedoch eben jene Kluft zu, die zur Misere der heutigen Soziologie geführt hat; wenn er ihr positivistische wie kritische Theoretiker unterschiedslos zurechnet — Comte, Spencer, Durkheim und Weber ebenso wie Marx (S. 42) —, wird die dreifache Maxime der kritischen Soziologie fragwürdig.

Der der Machtelite zugrundeliegende Begriff der gesellschaftlichen Totalität als einer „Komposition verschiedener institutioneller Ordnungen“ (S. 211) abstrahiert davon, daß die Gesellschaft gerade durch Antagonismen zusammenhängt. Der Begriff der „historischen Spezifität“ abstrahiert von den größeren Zusammenhängen der bürgerlichen Gesellschaft als einer Klassengesellschaft, wenn beispielsweise dem Militär prinzipiell gleiche Herrschaftschancen zugeschrieben werden wie der Großindustrie.[8]) Die dritte Forderung schließlich, die auf die Vermittlung von Individuen und Gesellschaft zielt, läuft auf die Abstraktion vom Individuum hinaus.

Die Konzeption einer nichtantagonistischen Gesellschaft ist nicht nur im Begriff ihrer (nur aus repressiven Institutionen bestehenden) Totalität und ihrer (nach Mills einem unilinearen bürokratischen Trend unterworfen) Geschichte enthalten, sondern auch in der politischen Psychologie von Mills. Diese, vor allem an dem sozialen Behaviorismus von G. H. Mead und den „undogmatischen“ Neofreudianern wie Karen Horney (S. 205, 210) orientiert, erfaßt lediglich die Symbole, die verbalisierten Legitimationen, die den Individuen von der Familie und von den Massenmedien injiziert werden[9]). Psychoanalytische Motivationsdiagnose, die auf präverbale Phasen zurückgreift, ist „Metaphysik“ (S. 213f); sie allein könnte erklären, daß dem Begriff der Identifikation deren Ambivalenz immanent ist: die Erinnerung daran, daß man eigentlich haßt, was man lieben soll. Aus der Furcht vor psychologischen Invarianten, vor der Metaphysik einer allgemeinen menschlichen Natur (S. 214), entscheidet sich Mills für gesellschaftliche: die Individuen sind gesellschaftliche Produkte, und nichts als dies. Daß die Individuen in den Institutionen restlos, ja freudig aufgehen können, hat bei Mills nichts von Ambivalenz; die Individuen *sind* die Rollen, die sie spielen müssen (S. 212), als ob das, was verdrängt ist, auch für immer eliminiert wäre.

Was Mills für die Soziologie geleistet hat, ist jedoch nicht mit dem Hinweis auf theoretische Schwächen abzutun. Einerseits weist in seinen konkreten Analysen und in einigen frühen Theorien[10]) vieles auf den antagonistischen Charakter der Gesellschaft hin. Andererseits sind die Momente der Repression, die Mills einseitig hervorhebt, wirklich die heute herrschenden: als Momentaufnahme dessen, was ist, ist das Werk Mills' unübertroffen. Problematisch wird es erst, wenn Mills diese kurzfristigen Tendenzen unilinear in die Zukunft projiziert und als das ausgibt, was möglich ist. Hier trifft der Vorwurf des „short-term determinism“, den Mills einst gegen Burnham erhob. Mills' „1984“ ist endgültig — und ebenso unbestreitbar ist es, daß Mills die Ergebnisse, zu denen ihn seine Begriffsapparaturen führten, aus moralischen Gründen nicht billigen konnte[11]). Die Hoffnungslosigkeit dieses Dilemmas war wohl der Grund jener Unrast, die 1962 mit dem jähen und dennoch nicht unerwarteten tödlichen zweiten Herzanfall des Fünfundvierzigjährigen endete.

[1]) New York 1953; die Seitenangaben in diesem und dem folgenden Absatz beziehen sich auf dieses Buch.

[2]) vgl. dazu Th. W. Adorno, Statik und Dynamik als soziologische Kategorien, in: Sociologica II, Frankfurt 1962, besonders S. 235.

[3]) Franz Neumann, Behemoth, The Structure and Practice of National Socialism, New York 1942. — Der Begriff der Machtelite taucht bei Mills zum ersten Male 1942, in einer Rezension der „Behemoth“, auf, welche in der von Irving Louis Horowitz edierten Sammlung der Essays von Mills, „Power, Politics, and People“ (New York 1963), abgedruckt ist (S. 170—178). Mills stellte damals fest, daß „viele Züge“ des Behemoth „für alle modernen Sozialstrukturen“ gelten (S. 170).

[4]) C. Wright Mills, The Marxists, New York 1962, S. 130.

[5]) ders., „The New Left“, wiedergegeben in „Power, Politics, and People“, S. 256.

[6]) ders., „Kritik der soziologischen Denkweise“, S. 243. — Die Seitenangaben der folgenden Absätze beziehen sich auf dieses Buch.

[7]) The New Sociology, Essays in Honor of C. Wright Mills, herausgegeben von I. L. Horowitz, New York 1964.

[8]) Diese Kritik, die in ihrer abstrakten Form dogmatisch erscheinen muß, ließe durch eine genaue Analyse der Kapitel 8, 9 und 12 der „Amerikanischen Elite“ belegen, für die hier nicht Raum genug ist. Es ist ein Beispiel von Ironie, daß auf den späten Mills eben jene Kritik zutrifft, die er 1942 gegen Burnham gerichtet hat (wiedergegeben in „Power, Politics, and People“, S. 53—71).

[9]) Die behavioristische Motivationspsychologie ist von Mills schon 1939—1940 entwickelt worden (Power, Politics, and People, S. 423 bis 452); sie ist besonders ausführlich und im Zusammenhang mit einer entwickelten Rollentheorie in „Character and Social Structure“ wiedergegeben. Eine fundierte Kritik an den Prinzipien der Sozialpsychologie und der „historischen Spezifität“ bei Mills liefert Lewis Feuer in: „A Symposium on C. Wright Mills' ‚The Sociological Imagination‘“, Berkeley Journal of Sociology, Fall 1959.

[10]) C. Wright Mills, The New Men of Power: America's Labor Leaders, New York 1948.

[11]) Auf dieses Dilemma hat am klarsten E. V. Walter in „Dissent“ Fall 1956, S. 393—398) hingewiesen; die Erwiderung von Mills (Dissent, Winter 1957, S. 22—34) überzeugt nicht vom Gegenteil.

Comte und Hegel, ihr Verhältnis heute

Alfred Schmidt

Dem gegenwärtigen sozialwissenschaftlichen Bewußtsein, das sich für um so fortgeschrittener hält, je mehr es auf jede begriffliche, über bloßes „fact-finding“ hinausgehende Durchdringung gesellschaftlicher Sachverhalte verzichtet, ist der Unterschied von spekulativem und positivistischem Denken als der von Hirnweberei und solider Forschung selbst eine ausgemachte Tatsache. Nach ihrer Absage an die großen Entwürfe ihrer heroischen Periode, die noch versucht hatten, den gesellschaftlichen Gesamtprozeß zu erfassen, resignierte Soziologie bei aller inzwischen erlangten

Geschliffenheit (oder vielmehr gerade auf Grund der Geschliffenheit) ihrer empirischen Methoden immer mehr zu einer jede geschichtliche Transzendenz abschneidenden Bestandsaufnahme dessen, was der Fall ist. Nun ist die heute übliche einfache Entgegensetzung von spekulativ-dialektischem und positivistischem Denken viel zu selbstgewiß, als daß sie gegen Mißtrauen gefeit wäre; stets noch triumphierte der Relativismus dort am ehesten, wo die Absolutheit, sei's einer Einheit, sei's eines Gegensatzes, lautstark verkündet wurde. Wie wenig tragfähig aber diese Entgegensetzung bereits zu einem Zeitpunkt war, da Soziologie, bestrebt, sich von allen metaphysischen Relikten zu reinigen, im Werke Comtes erstmals als strenge Wissenschaft sich etablierte, darüber belehrt die Arbeit von

Oskar Negt: „Strukturbeziehungen zwischen den Gesellschaftslehren Comtes und Hegels", Frankfurter Beiträge zur Soziologie, Band 14, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1964, 147 S.

Ein Thema, dessen Behandlung mehr als fällig war und dem der Verfasser in überaus kenntnisreichen und differenzierten Analysen vollauf gerecht wird. Daß es ihm nicht darauf ankommen konnte, einen archivarisch-dogmengeschichtlichen Vergleich anzustellen, versteht sich am Rande. Das Buch verfolgt vielmehr ein sachliches Interesse: es entwickelt Verwandtschaft wie Gegensatz der auf die „bürgerliche Gesellschaft" sich beziehenden Ideen Hegels und der Comteschen Soziologie als einer geschichtstheoretisch orientierten „physique sociale", wobei es — was von höchster Wichtigkeit ist — die Erörterung der Gesellschaftsordnungen, deren Dynamik sich jeweils in diesen Theorien ausdrückt und der sie ihr Entstehen verdanken, konkret in die Darstellung einbezieht.

Die für beide Denker entscheidende geschichtliche Basis ist die einsetzende Industrialisierung Westeuropas sowie die Französische Revolution mit ihren weitreichenden politischen und sozialen Folgen. Während das deutsche Bürgertum, wie an der Struktur von Hegels Dialektik sichtbar wird, noch politisch ohnmächtig und auf dem Wege zu seiner Emanzipation war, hatte das französische Bürgertum bereits vor 1789 seine ökonomischen Machtpositionen innegehabt und verwirklichte mit dem Sturz des Ancien régime die dem entsprechenden politisch-rechtlichen Konsequenzen. Während in Hegels Rechtsphilosophie bei allen Einsichten in die Antagonismen der kapitalistischen Produktionsweise das Proletariat nur als elementarische Masse, als durch den anwachsenden Reichtum produzierter „Pöbel" auftritt, hat Comte es bereits mit dem Frühsozialismus und den Anfängen eines politisch organisierten Proletariats zu tun; daher die handfest apologetischen Tendenzen seines Werks. Aber auch für Hegel gilt Comtes Devise: „Ordnung und Fortschritt". Beide wollen die Entfesselung der Produktivkräfte befördern und zugleich deren die bürgerliche Ordnung sprengenden Tendenzen eindämmen. Als wesentliches allgemeines Resultat der Negtschen Analysen ergibt sich, daß die Gewalt der Sache, die ökonomische Dynamik, sich gegenüber den philosophischen Ausgangspunkten durchsetzt. Wann immer Comte sich seinem Forschungsobjekt überläßt und darüber sein positivistisches Programm vergißt, wird er zu dialektischen Einsichten genötigt. Umgekehrt offenbart Hegels spekulative Dialektik dadurch, daß sie die gesellschaftlichen Institutionen, namentlich den Staat, als „vernünftig", das heißt sinnvoll zu erweisen sucht, ein Moment des „unkritischen Positivismus", das bereits der Pariser Marx hervorgehoben hat.

Im folgenden kann nur auf eines der an Motiven so reichen Arbeit von Negt eingegangen werden. Er reflektiert in einem einleitenden Kapitel auf die „Strukturelemente" der positiven und der dialektischen Philosophie und weist dabei nach, daß jeder Versuch, eine chinesische Mauer zwischen positivem und dialektischem Denken zu errichten, selbst der dialektischen Kritik an den isolierten Verstandesbestimmungen verfällt. So geht es nicht an, Hegels „Realitätssinn" seinen spekulativen Konstruktionen unvermittelt entgegenzusetzen. Ebensowenig ist Comte, nur weil er als „praktischer Reformer" wirken will, schon davor bewahrt, wirklichkeitsfremd zu denken. Negt zeigt, daß Hegel zu seinen soziologischen Einsichten nicht trotz, sondern auf Grund seines absoluten Idealismus gelangt ist und daß die rationale Analyse des Comteschen „Cours" gegen die „vielfach geistfeindlichen Verzerrungen des Positivismus" im späteren „Système" nicht einfach abzusetzen ist.

An zwei Kernpunkten lassen sich strukturelle Unterschiede zwischen dialektischem und positivem Denken besonders verdeutlichen: am jeweiligen Verhältnis von Philosophie und Einzelwissenschaft und an der damit verbundenen Lehre vom Begriff. Kritische Philosophie im weitesten Sinne gehört für Comte als Ausdruck der Selbstherrlichkeit des Subjekts, das sich nicht an die gegebene Dingwelt hält, der überholten Phase des „metaphysischen" Denkens an. Von nun an soll Philosophie zu einer gesellschaftlich nützlichen Dachorganisation der Einzelwissenschaften werden, diesen in ihrem Verfahren völlig untergeordnet. Positiv geworden, geht sie über die vereinheitlichende Zusammenfassung von Methoden, Allgemeinbegriffen und Resultaten einzelwissenschaftlicher Forschung nicht mehr hinaus. Dem widerspricht eigenartig das im Gegensatz zum späteren Positivismus bei Comte noch vorhandene Bewußtsein davon, daß auf eine Theorie vom gesellschaftlichen Ganzen und seiner Genesis, wodurch die besonderen Tatsachen bestimmt sind, nicht verzichtet werden kann. Daß Comte die Soziologie nicht zu einer Geisteswissenschaft erklärt, entspringt nicht nur der Affinität seines Denkens zur Naturwissenschaft, sondern verrät zugleich etwas vom blind-„naturgeschichtlichen" Charakter der unbeherrschten gesellschaftlichen Verhältnisse. Diese und nicht innerwissenschaftliche Kriterien entscheiden über den Charakter der sie untersuchenden Wissenschaft.

Alle vom Objekt her sich einstellenden Ähnlichkeiten von positiver und dialektischer Theorie dürfen jedoch nicht dar-

über hinwegtäuschen, daß der Wissenschaftsbegriff Hegels von dem Comtes grundverschieden ist. Das macht Negt namentlich am Hegelschen Begriff der Totalität sowie an dem damit verbundenen der „bestimmten Negation" einsichtig. Letztere ist in ihrer Erkenntnisfunktion kritisch, der Aufweis der vielfältigen Vermitteltheit eines jeglichen Unmittelbaren, damit das Fortschreiten von der Erscheinung zum Wesen, deren Differenz szientifisch eingeebnet wird.

Während Hegels Kritik an der Erkenntnistheorie als „abstrakt" zugleich an der Selbstbesinnung des Erkennens festhält, versagt es sich der Positivismus, überhaupt erkenntnistheoretische Fragen zu stellen. Dadurch wird der ihn mit Hegel verbindende Gedanke Comtes, daß die Elemente der Erkenntnis aus der Geschichte des menschlichen Geistes hervorgehen, sehr viel kraftloser als bei Hegel selbst. Zwar ist auch für Comte der „Weg zur Wissenschaft selbst schon Wissenschaft", zwar versucht auch er in seinem berühmten „Drei-Stadien-Gesetz" die geschichtliche Abfolge sozialer Systeme mit den wechselnden Formen der theoretischen Subjekt-Objekt-Beziehung zu verbinden. Aber im Unterschied zu seinem Verfahren wird in Hegels „Phänomenologie" auf allen Stufen des Wissens die erkenntnistheoretische Reflexion mit der konkreten Einsicht in Geschichte und Gesellschaft nicht nur zuordnend verbunden, sondern konkret vermittelt. Mit dem Erreichen des „Selbstbewußtseins" werden die erkenntnistheoretischen des „Bewußtseins" von ihrer realen Voraussetzung her transparent. Die von der vorhegelischen Erkenntnistheorie bloß subjektiv gewendeten Kategorien bezeichnen, wie Hegels scharfsinnige Kantkritik gezeigt hat, ebensosehr das An-sich der Dinge. Spricht Hegel dem erkennenden Subjekt noch die Fähigkeit zu, den Widerstand des „verschlossenen Wesens des Universums" zu brechen, so läuft Comtes Erkenntnisideal darauf hinaus, das menschliche Gehirn zu einem „miroir exact de l'ordre extérieur" zu machen: Erkennen wird zum bloßen Abbild fixierter Erscheinungen. Dem entspricht Comtes Begriffsbildung fast durchweg. Der Begriff selbst wird rein nominalistisch als Abbreviatur von Gegenstandsklassen gefaßt und büßt als „neutrales Zeichen" jede Spannung zu seinem Objekt ein. Wahrheit wird formalisiert und inhaltsleer. Wahr ist, was in der durch die Hierarchie der Wissenschaften vorgesehenen Weise mit dem Gesamtsystem des Wissens verbunden wird.

Von diesen allgemeinsten Strukturelementen sind nach Negt die gesellschaftstheoretischen Positionen Comtes und Hegels bis in ihre Einzelausführungen hinein letztlich geprägt, ob es sich nun um die Einschätzung der Rolle der politischen Ökonomie handelt (deren für die Gesellschaft grundlegender Charakter von Comte charakteristischerweise geleugnet wird), um den Staat, den Interessenkonflikt von Lohnarbeit und Kapital, die Beurteilung der Französischen Revolution oder den Entwicklungsbegriff.

Was das Buch von Negt für die gegenwärtige Diskussion des Bruchs von Empirie und Theorie so fruchtbar macht, ist, daß es am freilich höchst ergiebigen Verhältnis von Comte und Hegel nachweist, wie sehr beide Momente ihrem eigenen Sinn nach aufeinander verwiesen sind, ohne daß deshalb die geschichtlich unwiderrufliche Abspaltung des soziologischen Denkens vom philosophischen übergangen werden könnte.

Beiträge zur politischen Ökonomie

Oskar Lange — „Entwicklungstendenzen der modernen Wirtschaft und Gesellschaft. Eine sozialistische Analyse", Wien 1964, Europa-Verlag (191 Seiten, 12,80 DM).

Neuerscheinungen sozialistischer Theoretiker sind auf dem westdeutschen Büchermarkt eine Rarität und berechtigen zu hohen Erwartungen. Legt man den Paperback der mit Recht vielbeachteten Reihe „Europäische Perspektiven" des Europa-Verlages Wien aus der Hand, so ist ein Gefühl der Unzufriedenheit nicht zu unterdrücken. Warum? Weil die darin versammelten Aufsätze des polnischen Ökonomen O. Lange in der gebotenen Zusammenstellung zu sehr auseinanderweisen. Sie sind „für ein breites Publikum bestimmt", dem „keine theoretischen Kenntnisse" zugemutet werden. Das mag sein Gutes haben. Doch hatte man sich von der ersten deutschsprachigen Ausgabe Langescher Schriften (wenn wir absehen von der in Polen erschienenen Broschüre: „Einige Problem des polnischen Weges zum Sozialismus", 1957) mehr erhofft, als ein gewiß vielseitiges Propädeutikum der sozialistisch-analytischen Denkweise.

Dem Leser, der Lange noch nicht kennt, der aber doch mit einigen theoretischen Kenntnissen ausgestattet ist, wird die berechtigte Neugierde auf einen der prominentesten Theoretiker der sozialistischen Ökonomik nach der Lektüre dieser Aufsätze hoffentlich nicht genommen werden. Das läßt aber ein Teil dieses Buches befürchten, in dem weitgehend referiert wird, so über „Lenin und die unterentwickelten Länder", „Theorien der wirtschaftlichen Entwicklung", „Politische Ökonomie — Geschichte und Gegenwart". Auch die Diskussion der Verelendungstheorie, in der L. die längst erarbeiteten Argumente verständiger Marxisten gegen Revisionisten und Dogmatiker zusammenstellt, ergibt keine neuen Aspekte. Bei der Abschätzung statistischen Materials als Beleg für die sogenannte relative Verelendungsthese behält Lange sich Irrtum vor. Warum diese Unsicherheit?

Probleme der Entwicklung unterentwickelter Länder, der internationalen Abrüstung und ihrer ökonomischen Konsequenzen sowie die Grundlage und Methoden der Wirtschaftsplanung stehen seit geraumer Zeit im Mittelpunkt der Langeschen Arbeit als Lehrer, Schriftsteller und Wirtschaftspolitiker. Sie nehmen auch in dem vorliegenden Band den breitesten Raum ein. Daß die vielen Gesichtspunkte, die L. in jedem einzelnen Aufsatz anführt, sich durch die unglückliche Zusammenstellung des Buches oft wiederholen, ist nicht Schuld des Autors und mag dem ökonomisch un-

vorgebildeten Leser das Eindringen in die Probleme erleichtern, zumal da L. niemals eine volkswirtschaftliche Anschauungsweise verläßt, die bei vielen zeitgenössischen Autoren zugunsten psychologisierender oder aber einseitig wirtschaftspolitischer, d. h. meistens fiskal- und finanzpolitischer Erwägungen verlorenging. Wenn L. also immer auf der Gesamtschau und der Bedeutung der materiellen Objektivität insistiert, so kann man dem Buch von daher nur weiteste Verbreitung wünschen.

Was aber noch mehr für L. einnimmt, ist sein Pathos der Rationalität. Rationalität als Ziel einer säkularen gesellschaftlichen Tendenz, die sich konkret in der sozialistischen Gesamtplanung des gesellschaftlichen Prozesses manifestiert. Dabei muß man, wie überhaupt beim Großteil der Aufsätze, im Auge behalten, daß diese wohl in der Absicht geschrieben wurden, eine Öffentlichkeit von Laien aufzuklären und zu mobilisieren gegen dogmatische, undialektisch denkende und neuerungsfeindliche Gruppen im eigenen Lager. (Drucknachweise fehlen leider.) Im Kampf gegen diese Gruppen, deren Entstehung und Funktion Lange in dem Aufsatz „Die Dialektik im Aufbau des Sozialismus" marxistisch analysiert, hat L. keine Kompromisse schließen müssen. Die versteckte Apologie für die befruchtende Wirkung, die Stalins „Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR" von 1962 (p. 135) in Polen gehabt habe, wäre nicht nötig gewesen, mag aber der Zwangslage der aufgeklärten polnischen Theoretiker unterm Stalinismus zuzuschreiben sein.

Der Kampf um Rationalität wendet sich in den Analysen Langes nicht nur gegen die partielle des Kapitalismus. Er stützt sich sogar auf Errungenschaften der kapitalistischen Entwicklung, die im voluntaristischen Planschematismus der Volksdemokratie untergegangen waren (wie auch die Erkenntnisse fortgeschrittener sozialistischer Theorie); die Bedeutung des im kapitalistischen Unternehmen entwickelten „ökonomischen Prinzips" als einer allgemeinen Norm wird von L. sehr hervorgestrichen. In der Methodologie hat L. keine Scheu, Praktiken des modernen Kapitalismus zu übernehmen. (Dafür muß er sich allerdings rechtfertigen mit dem Hinweis auf eine gewisse Verselbständigung der Wissenschaften gegenüber den Interessen.)

Ein wichtiger polnischer Beitrag zur rationalen Bewältigung allgemeiner und technischer Probleme wird dem deutschen Leser wohl zum ersten Male in diesem Buche begegnen: die Praxeologie. Sie wurde entwickelt von Tadeusz Kotarbiński, dem Präsidenten der Polnischen Akademie der Wissenschaften, einem Philosophen aus der Wiener positivistischen Schule. Seine Verfahrenslehre wird durch die Lage in die Politische Ökonomie integriert; dadurch wird zugleich die wissenschaftlich-fortschrittliche Kontinuität Polens hergestellt, der Marxismus den empiristischen Traditionen amalgamiert. Die hoffentlich bald auch in deutscher Sprache erscheinende Politische Ökonomie O. Langes (der 1. Band liegt in polnischer, englischer, französischer und portugiesischer Sprache vor) wird die Bedeutsamkeit polnischer Theoretiker auch dem deutschen Leser ins rechte Licht rücken.

Die bedeutsamsten Beiträge dürften diejenigen sein, die unter dem Stichwort „Sozialismus" an den Anfang des Buches gestellt worden sind. Die Analyse des Charakters ökonomischer Gesetze im allgemeinen und spezifisch in Kapitalismus und Sozialismus, die Klarstellung des Fortbestandes gesellschaftlicher Widersprüche und der besonderen Beziehungen zwischen Gesellschaft und sozialistischem Betrieb sind mit ihrer Klarheit und Stringenz in der sozialistischen Literatur ohne Beispiel. Sie sind p o l i t i s c h e s P r o g r a m m.

Die Überwindung der Spontaneität gesellschaftlich-ökonomischer Prozesse ist das Ziel sozialistischer politischer Ökonomie. In diesem Prozeß schreibt L. der Wissenschaft die erste Rolle zu. Seine Reflexionen zeigen die Möglichkeit rationaler Verwirklichung und antizipieren sie.

Fritz Griese

Die betriebl. Situation des Arbeiters

Konrad Thomas, DIE BETRIEBLICHE SITUATION DER ARBEITER, F. Enke Verlag, Stuttgart 1964, 25,— DM.

„Die vorliegende Studie versucht, etwas zum Verständnis der Situation der Arbeiter beizutragen", so leitet K. Thomas sein Buch ein. „Viereinhalb Jahre Tätigkeit als angelernter Arbeiter in der Metall verarbeitenden Industrie bilden die Voraussetzung zu diesem Unternehmen. Aus den Erfahrungen und Beobachtungen dieser Zeit wurde das niedergeschrieben, was zum Verständnis der Situation notwendig erschien." (S. 1)

Das Buch ist in drei Teile gegliedert: der erste Teil beschäftigt sich mit den wichtigsten Befunden aus dem betrieblichen Alltag in bezug auf den engsten Arbeitsplatz bis hin an die Grenzen des Betriebes; der zweite versucht zu zeigen, „wie weit die aufgezeigte Wirklichkeit von der jüngeren Soziologie verarbeitet wurde" und wie solche Situationsbefunde soziologisch verarbeitet werden können; der dritte Teil untersucht das „Verständnis der Situation in der Fragestellung der Sozial-Ethik". In der Besprechung soll nur auf die beiden ersten Teile eingegangen werden, weil sie für die Diskussion gerade solcher Fragen, wie der gesellschaftlichen Arbeitswirklichkeit, sozialen Lage der Arbeiterschaft und Bewußtseins- wie Verhaltensweisen der Arbeiter konkrete Ansatzpunkte liefern können.

Thomas nimmt bewußt das methodische Risiko auf sich, eine solche Untersuchung nicht mit den empirischen Instrumenten der Sozialforschung durchzuführen, sondern er sagt ausdrücklich: „Die betriebliche Situation zu schildern heißt zugleich, die betrieblichen Gegebenheiten aus der Sicht der Arbeiter zu schildern" (S. 2). Es ist daher „nicht im Interesse der Darstellung, ein ‚objektives Bild' d e s Betriebes zu geben" (S. 2). Der Vergleich mit den Arbeitern der neue-

ren Industriesoziologie erhält daher Bedeutung für K. Thomas, insbesondere wo er den Versuch unternimmt, theoretische Konsequenzen aus dem Vergleich und der daraus folgenden Kritik an der Industriesoziologie zu ziehen. Darauf wird später einzugehen sein.

Der erste Teil des Buches gibt hinsichtlich der Probleme der industriellen Arbeitswirklichkeit, insbesondere für die Metall verarbeitende Branche, eine vorzügliche, detaillierte und konkrete Darstellung, die auch dann, wenn sie ins Detail geht, den Versuch nicht aufgibt, dieses als Moment der betrieblichen Gesamtsituation der Arbeiter durchsichtig werden zu lassen. Jeder, der sich heute mit industrie- und arbeitssoziologischen Fragen befaßt, wird einen wesentlich genaueren Einblick in die betrieblichen Arbeitsverhältnisse erhalten als aus den kurzen „Lehrbüchern" der Betriebs- und Industriesoziologie. Thomas beginnt mit dem „Umgang mit dem Material", den er unter „den Bedingungen der Genauigkeit in der Produktion" und „der Gefährdung im Umgang mit dem Material" untersucht. Am Phänomen des Ausschusses zeigt er, wie durchgängig der Betriebszweck als ökonomischer Wert für die Arbeitssituation wird: etwa was es für den Arbeitenden bedeutet, wenn das Stück als Ganzes Ausschuß ist und folglich neues Material und neue Bearbeitungskosten anfallen, wobei in der Kostenkalkulation des Betriebes der Platz für den Ausschuß nicht erfaßt wird. „Daraus folgt, daß jeder Ausschuß für den Arbeiter in weit höherem Maße die Bedrohung seines Arbeitsverhältnisses bedeutet, als es nachträglich aus der Gesamtkostenrechnung zu ersehen ist" (S. 6). Die betriebliche Arbeitssituation wird weiterhin an den Phänomenen des Lärms, des angelernten Arbeiters, der Einstufung und Bewertung von Arbeit und Arbeitern, des Kommandos und der Hierarchie und der Leistung des Arbeiters abgeschritten. Probleme des Akkordlohnes werden genau analysiert und mit den Bedingungen der Arbeitssituation konfrontiert: Bei der Einschätzung der „Normalzeiten" für den Akkord, i. e. „zwischen den Beziehungen ‚ruhig' oder ‚langsam' und ‚schnell' entsteht die Frage: Was ist das normale Arbeitstempo?" (S. 21). Daß dies keine nach wissenschaftlich-objektiven Methoden zu lösende Frage ist, sondern eine letztlich politische, wird von Thomas sehr genau und mit anschaulichen Beispielen herausgearbeitet. „Im Kern der Sache sieht das Akkordsystem doch so aus, daß das Objekt, das gemessen und bemessen wird, nicht die Arbeit ist, um die Arbeiter und Kalkulator handeln, sondern das Objekt ist der Arbeiter selbst, der bemessen wird" (S. 27).

Sieht man beispielsweise das Akkordproblem im Zusammenhang mit dem Kommando- und Hierarchiesystem des Betriebes, so wird erst die Bedeutung der fehlenden Kommunikation von unten nach oben und die Frage nach der Überschaubarkeit des betrieblichen Geschehens für den Arbeitenden evident: neben den eindeutigen Befehls-Gehorsamsbeziehungen gibt es für den Arbeiter auch noch „in-

Suhrkamp Verlag

Siegfried Kracauer

Theorie des Films

Kracauer untersucht das Medium Film unter noch nicht berücksichtigten kulturkritischen Aspekten. Richard Griffith schrieb über die englische Ausgabe: „Eine erschöpfende Studie über alles, was sich im Bereich des Films und der Fotografie ereignet hat, seit sie erfunden wurden. Kracauers Buch ersetzt alle bisherigen filmästhetischen Theorien."

454 Seiten und 61 Bildtafeln. Leinen DM 38,–

Ludwig Wittgenstein

Schriften II
Philosophische Bemerkungen

Die „Philosophischen Bemerkungen" werden erstmals aus dem Nachlaß veröffentlicht. Wittgenstein hat das Manuskript im Herbst 1930 aus Material, das er zwischen 1929 und September 1930 aufgezeichnet hatte, in die vorliegende Form gebracht. Die Herausgabe besorgte Rush Rhees, der an der Universität Cambridge als Professor der Philosophie lehrt.

429 Seiten. Leinen DM 30,–

Klaus Heinrich

Versuch über die Schwierigkeit nein zu sagen

Inhalt: Vorbemerkung über Protestieren. Das Problem des Versuchs als Einführung in die Schwierigkeit nein zu sagen. Die Schwierigkeit nein zu sagen als das Problem der Identität unter der Drohung des Identitätsverlustes. Die Schwierigkeit nein zu sagen als das Problem der Sprache im Zustand der Sprachlosigkeit. Die Schwierigkeit nein zu sagen als das Problem des Widerstandes in den Bewegungen der Selbstzerstörung. Anmerkungen

216 Seiten. Kart. DM 10,–

direkte Vorgesetzte", z. B. das „Akkordbüro" (Kalkulation). „Der vom Akkordbüro ermittelte und festgesetzte Stücklohn gilt als endgültig. Nur zum Teil ist er mit deutlicher Zustimmung des betreffenden Arbeiters, oder sogar des Betriebsrates, entschieden. Ein einmal ‚abgenommener' Kalkulationssatz, der sogenannte Preis, ist laut Tarifvertrag endgültig, während ein nur ‚vorkalkulierter' Preis durch Abnahme revidiert werden kann. Dazu muß aber bemerkt werden, daß die Arbeiter im Zweifelsfall nicht wissen, ob der Preis vorkalkuliert ist oder schon abgenommen" (S. 37). Wenn man dann noch die Kompliziertheit der modernen Lohnsysteme und die wenigen Experten, die der Betriebsrat zur Verfügung hat, hinzunimmt, stellt sich die Frage, inwieweit die betrieblichen Verhältnisse als solche überschaubar sind oder vielleicht nicht doch zu konkretistischen Bewußtseinsformen zwingen.

Am Punkt der von der Betriebsleitung kalkulierten Leistungsbestimmung, „der Einengung des Spielraums nach Quadratmetern und Minuten", kann nach Thomas die eigentliche Leistung der Arbeiter deutlich werden (S. 43). Die Kalkulation muß bei ihrem Planen vom funktionierenden Betrieb ausgehen, bestimmte Pannen werden zu einem Minimal-Prozentsatz einkalkuliert. Schon an dem Beispiel der betrieblichen Vorschrift: „Das Material hat so am Arbeitsplatz zu sein, daß der Arbeiter mit der Materialbeschaffung keine Minute verliert!" läßt sich die Mehrleistung, die meist notwendig das Uebertreten der offiziellen Normen erforderlich macht, erkennen, die vom Arbeitenden erbracht wird. „Das heißt nun, daß er täglich die mangelnde Ordnung und das mangelnde Funktionieren des Betriebes durch seine Leistung kompensiert" (S. 46).

Thomas weist auf die Gefahren dieser (etwa bei der Schichtarbeit) eingesetzten Leistung hin: „Das innere Gefüge dieser Industrie wirkt zerstörend, und wer sich auf dieses Gefüge, auf diesen Plan einläßt, ist dieser Zerstörung ausgesetzt. Ganz zu schweigen von den vielen, die man von vornherein als ‚labil' bezeichnen muß" (S. 48). Interessant ist es, daß eine in der Münchener Nervenklinik durchgeführte vergleichende Untersuchung über den inhaltlichen Wandel sogenannter endogener Depressionen eine signifikante Zunahme von Gefühlen der Leistungsinsuffizienz gegenüber der früher vorherrschenden Schuldvorstellung bei den unteren Schichten (Arbeiter und Angestellte) festgestellt hat.

In der zweiten Hälfte des ersten Teils erweitert Thomas die Situation auf die gesamtbetrieblichen Gegebenheiten, indem er die personellen und organisatorischen Zusammenhänge, die Rolle der Arbeitszeiten und die Bedeutung von Tor und Mauer des Betriebes als Faktoren der Situation der Arbeiter herausarbeitet. Er schildert die verschiedenen Arbeitsformen, insbesondere auch solche, die nicht in den Bereich der technisch bedingten Zusammenarbeit gehören, wie z. B. die Mehrmaschinenarbeit, und versucht, den durch die je gegebene Situation der einzelnen Arbeiter geprägten Übergang zur allgemeinen sozialen Lage der Arbeiter zu analysieren. Gerade bei der Untersuchung der größeren Zusammenhänge des Betriebes ergibt sich mit besonderer Dringlichkeit erneut das Problem des Verhältnisses von Informations- und Kommunikationsmangel zur Herrschafts- und Machtausübung, die Thomas funktional aufeinander bezogen sieht. Die Folge der mangelnden Information ist z. B. das Wuchern von Gerüchten innerhalb des Betriebes, das sicherlich sich auf die Einstellung der Arbeiter zu ihrer Situation auswirkt: z. B. „im Hinblick auf den Betrieb, über die Stellenbesetzung, über die Gehälter der niederen und höheren Angestellten". Wie wirkt sich etwa das Argument eines Vorgesetzten gegenüber einem Arbeiter aus, wenn er diesem erklärt, „die Stellung des Betriebes auf dem Weltmarkt sei recht unsicher zur Zeit"?

Zum Problem der Schichtarbeit stellt Thomas fest, daß sie bisher noch nicht in der Forschung oder auch bei den in Frage kommenden Arbeiterorganisationen systematisch untersucht worden ist; sie ist nicht nur soziologisch eine Ausnahmesituation, sondern auch gesellschaftlich, obwohl sie für eine beträchtliche Anzahl von Arbeitern die „Normalsituation" darstellt. Es wäre interessant, das Schichtproblem auch unter ideologiekritischem Aspekt zu untersuchen, etwa da, wo kaufmännisch-kalkulatorisch begründete Schichten mit technisch-wissenschaftlichen Argumenten in ihrer Notwendigkeit nachgewiesen werden.

Zum Schluß des ersten Teils faßt Thomas die wichtigsten Befunde theoretisch zusammen, indem er den Anspruch erhebt, die „verborgene Situation" manifest zu machen. „Das Wirkfeld ist also zusammengesetzt aus der offensichtlichen Wirkung des Bekannten, der verborgenen Wirkung des Bekannten, der verborgenen Wirkung des Unbekannten und der sichtbaren Wirkung des Unerkannten" (S. 86). Thomas meint: „... dem Arbeiter bleibt vieles an seiner Situation verborgen, und er gerät im Prozeß der Arbeit in Verborgenheit" (S. 88). Im Anschluß hieran unternimmt er den Versuch, mit Hilfe einer „Verdrängungstheorie" die „verborgene Situation" verständlich zu machen, und die sich daraus ergebenden Anpassungs- und Gewöhnungsprozesse zu erklären. Unter „Verdrängung" ist hier gemeint, daß „ein Element zugunsten eines anderen beiseite geschoben wird, ohne daß damit eine Aufhebung erfolgt" (S. 134), z. B. „man beschwert sich etwa über Lohn, während die Ursache des Konfliktes etwa in einem Vorgesetzten zu suchen ist. Man gibt einen falschen Konflikt an" (S. 134). Das Resultat ist, daß ein Element, das im Verdrängungsprozeß verschoben wird, in die „Verborgenheit" gerät. Im Zusammenhang damit wird gefordert, daß die soziologische Konfliktlehre mit psychoanalytischen Erkenntnissen bereichert werden sollte. Gleichzeitig kritisiert Thomas die neue Industriesoziologie, bei der Erklärung der Situation der Arbeiter zwei Themen keine Beachtung geschenkt zu haben, nämlich der o. erwähnten Leistung des Arbeiters und der „Verborgenheit

der Situation". Dieser Kritik sind zwei Einwände entgegenzuhalten. 1. Wird die Industriesoziologie zu pauschal beurteilt; z. B. ist es bedenklich, Forschungsergebnisse, die mit ganz anderen Intentionen und Methoden gewonnen worden sind, mit einem Situationsbegriff zu konfrontieren, der sowohl seiner phänomenologischen Absicht nach nicht ganz klar definiert ist, als er auch gesamtgesellschaftliche Einflüsse auf den Betrieb und die betriebliche Situation unberücksichtigt läßt (wie es ein Teil der von Thomas zitierten industriesoziologischen Arbeiten zu unternehmen versucht). 2. Wird zu fragen sein, ob die „Verborgenheit der Situation", die aus der Verdrängung entsteht, wirklich den Bewußtseins- und Wahrnehmungsweisen der Arbeiter entspricht? Das, was bei Thomas mit „Verdrängung" beschrieben wird, also mit einer psychoanalytischen Kategorie belegt wird, entspräche eher der psychoanalytischen Kategorie der „Verschiebung", die ja die Verlagerung eines Elementes an einen anderen Ort darstellt, das weiterhin dem Bewußtsein gegeben ist und nicht wie bei der Verdrängung verschwindet. Z. B. ist die Reaktion auf die Verschiebung von F. Weltz als „konkretistisches Denken" dargelegt worden.
Es ist aber zweifelsohne das Verdienst des Autors, entscheidende Momente zur betrieblichen Situation der Arbeiter und damit der industriellen Arbeitswirklichkeit sehr deutlich herausgearbeitet zu haben, insbesondere auch solche, die bisher wenig Berücksichtigung gefunden haben.

Hannes Friedrich

Bemerkungen zum Schülerhonorar

Jüngst diskutierte in Hamburg die CDU/CSU über Bildungspolitik: Josef Hermann Dufhues lobte die großen Leistungen der vergangenen zwanzig Jahre, seine Kultusminister aber sprachen von Bildungsnotstand, Bildungsplanung, Bildungswerbung, Bildungsrat und nannten das Jahr 1985. In dieser großangelegten Zukunftsperspektive gibt es dann irgendwo auch jenes Jahr 1970, für das die OECD Vergleichszahlen veröffentlicht hat und wo die Bundesrepublik an einer Stelle liegt, die ihr den Status eines „Entwicklungslandes" zuweist. Befindet sie sich doch mit ihren Abiturientenzahlen hinter Italien, und in der Nähe von Portugal, wo es bekanntlich noch Analphabetismus gibt.
Allerdings hat die CDU/CSU und mit ihr die FDP im Oktober wirklich in zweierlei Hinsicht einen zukunftweisenden Schritt getan: Sie hat die Grundlage ihrer bisherigen Sozialgesetzgebung verlassen und im Wahljahr wieder einmal dokumentiert, daß bildungspolitische Entscheidungen wie eh und je in Bonn getroffen werden.
Die Hüter und Wahrer des Subsidiaritätsprinzips um jeden Preis und Boykotteure jeder umfassenden Ausbildungsförderung, die Verfechter der Eigeninitiative und des Elternrechts

SZCZESNY VERLAG

Neuerscheinungen

Bruno Bettelheim

Aufstand gegen die Masse

Die Chance des Individuums in der modernen Gesellschaft
332 Seiten, Leinen DM 24.–

Alex Comfort

Der aufgeklärte Eros

Plädoyer für eine menschenfreundliche Sexualmoral
227 Seiten, Leinen DM 18.–

Constance A. Newland

Abenteuer im Unbewußten

Das Experiment einer Frau mit der Droge LSD
292 Seiten, Leinen DM 19.80

Margaret Mead

Leben in der Südsee

Jugend und Sexualität in primitiven Gesellschaften
Das klassische Werk der modernen Anthropologie
XXII, 668 Seiten, Leinen DM 58.–

Der Fall Dr. Dohrn

Eine Dokumentation zur Frage der Schwangerschaftsverhütung und der „guten Sitten"
Herausgegeben von Sieghart Ott, 312 Seiten, Paperback DM 12.80

Prospekte und Probenummern der kulturpolitischen Korrespondenz „Vorgänge" direkt beim Szczesny Verlag, München 9, Postfach 173

zum Schaden von Mädchen, Arbeiterkindern, Katholiken und Landbevölkerung, haben eine allgemeine Breitenförderung vorgeschlagen. Zwar nur für Schüler, die nach dem 15. Lebensjahr eine weiterführende Schule besuchen, bis zum 27. Lebensjahr, zwar nur vom zweiten Kind ab, zwar nur 40,— DM pro Monat und zwar — natürlich! — an die Eltern, aber dafür an alle Eltern, und für Alleinstehende sogar schon vom ersten Kind an. Selbstverständlich hat diese Maßnahme überhaupt nichts mit Ausbildungsförderung zu tun, sie ist vielmehr „eine außerordentlich begrüßenswerte Abrundung der bisherigen Förderungsmaßnahmen" und liegt „hinsichtlich ihres Charakters als Familienlastenausgleich ganz im Sinne des Artikels 6 des Grundgesetzes" (1). Da Kulturpolitik laut Kultusminister Mikat „immer auch soziales Tun ist", Sozialpolitik für die Bundesregierung aber immer gezielte Ausgleichsleistungen bzw. ergänzende Hilfeleistung bedeutet, entstehen bei der Aufnahme dieser Regelung in das Kindergeldgesetz keinerlei verfassungsrechtliche Bedenken, und sie kann so isoliert und unrepräsentativ bleiben, wie es sich für ein rechtes Wahlgeschenk gehört. Aber trotz und alledem hat die CDU mit diesem Vorschlag eine Höhe der Diskussion erreicht, hinter der zurückzufallen sie unbedingt gehindert werden sollte.

Die „maßgeblichen Kreise der CDU" müßten also z. B. daran erinnert werden, daß mit ihrem Initiativantrag ihre Argumente gegen ein „Studienhonorar" hinfällig geworden sind. Diskutiert und verworfen wurde es in einem anderen Wahljahr, als die Studenten schließlich das Honnefer Modell „geschenkt" bekamen, das als „Allgemeine Studienförderung" konzipiert und durch ein Verwaltungsabkommen zwischen Bund und Ländern (!) finanziert wurde. Alle weiteren Entscheidungen über Bemessungsgrundlagen, Kreis und Prozentsatz der Empfänger und die Höhe des Förderungsbetrages wurden letztlich im Innenministerium getroffen. Heute ist das Honnefer Modell eine „Begabtenförderung" und wird vom dritten Semester ab zu 40 Prozent als Darlehen gezahlt. Damit ca. 15 Prozent der Studentenschaft — die Zahl blieb auf lange Sicht konstant und entwickelt sich rückläufig — 250,— DM pro Monat (vom VDS kürzlich errechneter Mindestsatz: 320,— DM) bekommen und nach bestandenem Examen ihre bürgerliche Existenz mit einer Schuldenlast von 1500,— DM beginnen können, muß sich ein beträchtlicher Verwaltungsapparat mit der Feststellung von Bedürftigkeit und der akademische Lehrbetrieb mit der von Begabung befassen. Im Zusammenhang mit dem „Schülerhonorar" wird aber gerade darauf hingewiesen, daß diese neue Regelung unnötigen Verwaltungsaufwand erspare. Weiter tauchen in der Begründung Begriffe wie „Zukunftsaufgaben" und „Gesellschaft" auf, die auf die Begabungen nicht verzichten könne, die durch „Weiterwursteln" brachliegen würden (2). Damit bewegt sich die CDU auf der Diskussionsebene der SPD von 1958 und charakterisiert von sich aus ihr bisheriges gesetzgeberisches Wirken auf diesem Gebiet, wie es ein Außenstehender nicht schärfer tun könnte.

Der VDS könnte ja nun bei diesem Stand der Diskussion beginnen, sie auszuweiten auf eine allgemeine Ausbildungsförderung und von daher auf seine eigentliche Maximalforderung nach der Reform des Bildungswesens und insbesondere der Hochschule kommen. Statt dessen denunziert er zwar sehr richtig die Ineffizienz des Koalitionsvorschlags, plädiert aber gleichzeitig wieder für die „Berücksichtigung der finanziellen Situation der Familie". (3 vds-info v. 4. 11. 64, dto. Informationen f. d. Studentenschaft 17/64). In dem gleichen Memorandum fordert er die Vorlage eines „gezielten" Ausbildungsförderungsgesetzes. Offensichtlich ist dabei an die verschiedenen Referentenentwürfe aus dem Familienministerium gedacht. Und selbst wenn der SPD-Entwurf gemeint wäre, ist das alles noch sehr bescheiden. Ein Vorsitzender des Verbandes forderte vor gar nicht langer Zeit den „freien und verantwortlichen Studenten". Weder er noch sein Nachfolger scheinen sich indessen Gedanken darüber gemacht zu haben, wie mündig die zwei Drittel Studenten sein können, die heute schon ganz oder teilweise von ihren Eltern finanziert werden. Dieser Prozentsatz wird noch steigen, von Studenten also, die sich in ihrer Studienwahl, ihrem Lebenszuschnitt oder ihrem Verhalten mehr oder weniger deutlich abhängig fühlen müssen.

Nun ist hier nicht zu beklagen, daß die Kultusminister der CDU weiter sind als der VDS. Im Grunde sind sie es ja auch nicht. Sie haben zwar eine allgemeine Breitenförderung vorgeschlagen, die schon des niedrigen Betrages wegen ineffektiv ist. Ihre Argumentation aber versucht zu verschleiern, daß sie sich hier mit einem Wahlgeschenk erneut vor dem offenen Eingeständnis der Verantwortung für fünfzehn Jahre bildungspolitischer Flickschusterei drücken wollen.

(1) Leserbrief von Elisabeth Pitz-Savelberg, CDU, MdB, an die FAZ 26. 10. 64, Nr. 249, (2) dieselbe

Karin Monte

Zeitschriftenhinweise

In der „Revue Internationale du Socialisme", numéro 5—6, Septembre-Décembre 64 (die auch in englischer Sprache erscheint), zieht Lelio Basso Lehren aus der Geschichte der kurzlebigen 1. Internationale für eine Strategie der gegenwärtigen Arbeiterbewegung: „L'Association Internationale des Travailleurs". Im selben Heft schreibt Stephen Rousseas über „La Condition Economique des Noirs aux USA". — Lorenzo Torres veröffentlicht eine Analyse: „La Situation Politique en Espagne."

Zum Thema Bedingungen und Möglichkeiten sozialistischer Politik hat Fritz Vilmar Anmerkungen in „werkhefte" 11/64 verfaßt: „Dialektik von Wirtschaft und Politik". — In „Blätter für deutsche und internationale Politik" 11/64 schreibt William Warbey über „Die Politik der neuen Labour-Regierung". — „express international", november 64, veröffentlicht eine Kritik von Ulli Herbst am Leber-Plan („Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand") unter dem Titel: „Ein neuer Leber-Haken?" — Die Argumente der Befürworter der Todesstrafe analysiert Rechtsanwalt Heinrich, Hannover, in den „werkhefte(n)", 11/64: „Es muß endlich geköpft werden". Hildegard Hamm-Brücher, liberale Kulturpolitikerin, schreibt in „liberal", Oktober 64, über „Das Ausmaß des Bildungsgefälles" in der Bundesrepublik. Das neueste Heft der Berliner Zeitschrift „Das Argument" ist Fragen von „Schule und Erziehung (II)" gewidmet.

Wenn es sich um Geld dreht

Bank für Gemeinwirtschaft

Niederlassungen im gesamten Bundesgebiet
und in Westberlin

FRANKFURTER HEFTE Zeitschrift für Kultur und Politik

Themen des Jahrgangs 1964

Heinz Langerhans: Das Jahr Eins des indischen Notstandes ■ Hubert Ivo: Unzeitgemäßer Literatur-Unterricht ■ Hans-Paul Bahrdt: Grenzen der Liberalisierung in der Wohnungswirtschaft ■ Konrad Thomas: Zur Diskussion über die technologische Arbeitslosigkeit ■ Giorgio Galli: Die Rolle der Sozialisten in Italien ■ Walter Dirks: Fixiert oder in Bewegung — Die bundesrepublikanische Gesellschaft und ihre Politik ■ Friedhelm Baukloh: Hat die FDP ein Lebensrecht? ■ Altiero Spinelli: Reform des Atlantikpaktes ■ Lothar Hack: Filmzensur in in der Bundesrepublik ■ Walter Dirks: Das gesellschaftspolitische Engagement der deutschen Katholiken seit 1945 ■ Herbert Ehrenberg: Neue Wege in der gewerkschaftlichen Einkommenspolitik

Frankfurter Hefte, Frankfurt am Main, Leipziger Straße 17. Die Frankfurter Hefte erscheinen monatlich. Preis des Einzelheftes DM 3,50. Jahres-Abonnement für Studenten DM 28,—.

Redaktion: 6 Frankfurt am Main
Leipziger Straße 17, Telefon 77 83 09

WER GUT INFORMIERT IST TRIFFT GUTE ENTSCHEIDUNGEN

Frankfurter Rundschau

für menschen mit eigener meinung

Verlangen Sie kostenlose Probelieferung
von unserer Vertriebsabteilung:
6 Frankfurt 1 · Postfach 3685